Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 289 — Mittwoch, den 10. Dezember 1930 — 5. Jahrgang

107 Nazis für das Kapital.

Das darf der Unternehmer- und Doppelverdiener-Schutztruppe nicht vergessen werden.

In der Reichstagssitzung vom Dienstag, dem 9. Dezember 1930 stimmte die Nationalsozialistische Fraktion geschlossen

gegen folgende Anträge:

1. **Alle Vermögen über 50 000 ℳ werden einer einmaligen Steuer von 20 v. H. unterworfen.**
2. **Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 v. H. der Ausschüttung unterworfen.**
3. **Alle Aufsichtsrats-Tantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 v. H.**
4. **Alle Einkommen über 50 000 ℳ werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 v. H. jährlich belegt.**

Infolge der kapitalsfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie etwa mit 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.

Am 9. Dezember haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals!

*

Gestern im Reichstage.

Berlin, 9. Dezember. (Eig. Bericht.)

Kurz vor der Auflösung des vorigen Reichstages brachte die Sozialdemokratie zum soundsovielten Male den Antrag ein, die

Höchstgrenze für Pensionen auf 12 000 Mark festzusetzen.

Es gelang ihr, im Haushaltsausschuß für diesen Antrag eine Mehrheit zu erringen. In der Furcht vor der Auflösung wagten auch die bürgerlichen Mittelparteien nicht, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Der Antrag blieb wegen der wenige Tage später erfolgenden Auflösung jedoch unerledigt. Nun hat die Reichsregierung inzwischen

einen Pensionsgesetzentwurf vorgelegt,

der freilich weit hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurückbleibt. Der Gesetzentwurf sieht keine Höchstpension vor, sondern bringt lediglich die Anrechnung von Arbeitseinkommen auf das Ruhegeld, soweit das Arbeitseinkommen 6000 Reichsmark im Jahre übersteigt. Bis zur Höhe von 6000 ℳ jährlich bleibt das Einkommen für eine Kürzung des Ruhegeldes außer Betracht. Auch wenn Pension und Nebeneinkommen den Betrag von 9000 ℳ im Jahre nicht übersteigen, tritt keine Kürzung ein.

Man sollte annehmen, daß ein so schwacher Gesetzentwurf in der jetzigen Notzeit im Reichstag lediglich Wünsche nach einer Verstärkung der Pensionskürzung laut werden lassen müßte. Die Dienstagsitzung des Reichstags, in der der Entwurf der Reichsregierung zur Debatte stand, verlief aber ganz anders. Zwar forderte der

Abg. Roßmann (Soz.),

der seit Jahren führend die Pensionskürzung verlangt, entsprechende Verbesserung des Gesetzes. Aber er stieß bei der gesamten Rechten auf stürmischen Widerspruch. Am lautesten gebärdeten sich

die Nationalsozialisten als Schutztruppe der Großpensionäre.

Roßmann stellte fest, daß unter den 107 Nationalsozialisten sich nicht weniger als

35 Beamte, Wartegeldsempfänger und Ruhegehaltsempfänger

befinden, also ein Drittel der gesamten nationalsozialistischen Fraktion. Roßmann erinnerte daran, daß wiederholt die Sozialdemokratie für ihre Pensionskürzungsanträge die einfache Mehrheit im Hause erhalten habe, die notwendige verfassungsändernde Mehrheit sei aber nicht zustande gekommen. Unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung im Jahre 1923 sei einmal ein Pensionskürzungsgesetz durchgeführt worden, jedoch hätten es die Deutschnationalen bei ihrem Regierungsantritt im Jahre 1925 sofort wieder beseitigt.

Minutenlange Tobsuchtsanfälle

gab es bei den Nationalsozialisten, als Roßmann nachwies, daß **an 1800 Generäle, Admirale und Prinzen bis zu 19 000 ℳ Pension** gezahlt werde. Auch der Meuterer von Lossow erhalte eine hohe Pension. Roßmann verlangte, daß eine genaue Denkschrift nicht nur über die Pensionen im Reiche, sondern auch in Ländern und Gemeinden vorgelegt werde. Dann werde sich zeigen, daß überall nicht die Sozialdemokratie, sondern

die Feinde der Republik an der Futterkrippe

säßen.

Von den rund 2 Milliarden Pensionslasten der Länder, Gemeinden, der Reichspost und der Reichsbahn beziehen Sozialdemokraten

noch nicht den Bruchteil eines Zehntausendstels.

Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die wirklich wohlerworbenen Pensionsansprüche der großen Masse der Beamten irgendwie anzutasten. Es sollen auch nur die Großpensionen und Doppelverdienste in dieser Zeit größter Massennot getroffen werden. Das Volk aber, das unendliche Opfer bringen muß, um die Arbeitslosen, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten usw. zu erhalten, verträgt es nicht mehr, daß große Pensionen und Wartegelder ungekürzt weitergezahlt werden sollen. Die kleinen und mittleren Pensionsempfänger werden durch die Neuregelung kaum betroffen werden. Nach der Vorlage würde übrigens jemand mit 26 000 Mark Arbeitseinkommen noch immer 10 000 Mark Pension beziehen können; erst bei 46 000 Mark Einkommen würde das aufhören. Darin muß natürlich eine Aenderung eintreten. Vor allem

müssen die Hilfslosen und Kriegsbeschädigten geschont

werden. Von einer Konfiskation hoher Pensionen ist natürlich keine Rede, wenn wir eine Höchstgrenze für Pensionen fordern.

Der Sozialismus will nicht eine Gleichmacherei, er hält qualifizierte Arbeit für durchaus notwendig und um sie zu gewinnen, muß man sie auch angemessen entlohnen. Wir wollen, daß alle schaffenden Menschen aus ihrer Arbeit ein menschenwürdiges Dasein führen können. Da Millionen heute darauf leider verzichten müssen, können nicht Gehälter und Pensionen eine übergroße Höhe erreichen. In diesem Sinne werden wir im Anschluß an der Verbesserung der Vorlage arbeiten. (Lebh. Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Der Nazi

Anschließend sprach für die Nationalsozialisten der Abgeordnete Sprenger, seines Zeichens Postinspektor. Der gute Herr verwechselte zum wachsenden Entsetzen seiner Fraktion den Reichstag mit einer Tagung höherer Reichs- und Staatsbeamten. Er wußte nichts von der Not der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Arbeitsbauern und des Mittelstandes. Frischweg trat er für nichts anderes als für möglichst hohe Beamtengehälter und möglichst hohe Beamtenpensionäre ein. Dabei vergaß er ganz, daß dieser Gesetzentwurf sämtliche unteren und mittleren Beamten und auch die allermeisten höheren Beamten ganz ungeschoren läßt. Das Pensionskürzungsgesetz trifft wirklich nur die allerhöchsten Pensionen. Aber auch die will der nationalsozialistische Abg. Sprenger unangetastet lassen. Er beschwor den Reichstag, nur mit allergrößter Vorsicht an diesen Gesetzentwurf heranzugehen. Die Sozialdemokratie begleitete die Rede ständig mit Zwischenrufen:

„Nazi für Großpensionen! Nazi für Frick-Pensionen!"

Sprenger bedauerte, daß durch die Hetze der Linken überhaupt die Frage der Pensionskürzung auf die Tagesordnung gebracht worden sei. In jedem Satz gab sich Sprenger Blößen. Als er davon sprach, daß Parteibonzen den Beruftsbeamten vorgesetzt würden, rief der halbe Reichstag: „Thüringen!" Als er sich gegen den Gehaltsabbau der Beamten erklärte, schallten ihm hundertfache Rufe entgegen: „Thüringen und Braunschweig!" Ganz verhedderte sich Herr Sprenger, als ihm zugerufen wurde, daß das faschistische Italien die Beamtengehälter um ein Drittel kürze. Das, so sagte Sprenger, sei keine Gehaltskürzung, sondern nur eine Anpassung an die veränderten Währungsverhältnisse. Minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause, die Nazifraktion ausgenommen.

Die Naziede für Großpensionen wurde noch unterstrichen durch den deutschnationalen Abg. Laverrenz, der den Nationalsozialisten den Dank seiner Partei für ihre Haltung aussprach. Die Großpensionskürzung, sagte Laverrenz, sei nur eine Mache des Marxismus. Die deutschnationale Fraktion regte sich überhaupt stark über die Pensionskürzung auf. Man hörte Rufe wie Skandal und anderes. Allerdings hat die deutschnationale Fraktion Grund für diese Aufregung. Denn sowohl bei ihr wie bei den Nationalsozialisten sitzen die Futterkrippenjäger zu Dutzenden.

Der Kommunist Torgler

ließ sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, den Nationalsozialisten vorzuhalten, daß sie im Wahlkampf gegen die großen Pensionen gehetzt hätten und nun im Reichstag für die Aufrechterhaltung der wohlerworbenen Rechte auch der Riesenpensionen sprechen. Der nationalsozialistische Abg. Sprenger hatte nämlich die wundervolle Theorie entwickelt, daß die höchsten Beamten auch sehr hohe Pensionen beziehen müßten, weil ihnen während ihrer Amtstätigkeit entsprechend niedrigere Gehälter gezahlt worden seien. Der Kommunist Torgler erregte noch einige Sensation durch die Verlesung eines Bettelbriefes, den die Ortsgruppe Jülich der Nationalsozialisten an eine dortige Papierfabrik gerichtet hat.

Der Volksparteiler Morath

lehnte jede Pensionskürzung namens seiner Partei entschieden ab.

Die Arbeitslosennot.

Nicht Panikmache, sondern Hilfe!

Die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern, die die Reichsanstalt soeben veröffentlicht, geben folgendes Bild: Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rd. 1 788 000 und in der Krisenfürsorge rund 566 000 Hauptunterstützte gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme von rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die neuen Zahlen in der Krisenfürsorge sind wegen den eingetretenen Aenderungen der gesetzlichen Vorschriften mit den alten Ziffern nicht voll vergleichbar. Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November auf den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als arbeitslos zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 Prozent mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 2 101 000, die damalige Zunahme in der zweiten Novemberhälfte betrug fast 262 000 oder 14,2 Proz.; sie war sowohl absolut wie im Verhältnis erheblich höher als in diesem Jahr. Ein nicht genau abzugrenzender Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen. Die Gesamtzahl, insbesondere die verhältnismäßig geringfügige Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden in der überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um 2,3 v. H., könnte die Vermutung nahelegen, daß ein Stillstand in der Verschlechterung der Lage eingetreten sei; bestimmte Schlußfolgerungen in dieser Hinsicht wären jedoch verfrüht.

Die neuen amtlichen Arbeitslosenzahlen zeigen, daß die Schwarzseher, die bereits für den 1. Dezember mit 4 Millionen Unterstützungen rechneten, falsch prophezeit haben. Anfang Dezember betrug die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrtsunterstützung rund drei Millionen; auf die Versicherung entfallen 1,8 Millionen, auf die Krisenunterstützung 0,57 und auf die Wohlfahrt 0,7 Millionen. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt rund 3¾ Millionen. Das entscheidende Charakteristikum der Arbeitslosenzahl liegt in ihrem verlangsamten Tempo im Verhältnis zu den beiden Vorjahren. In der Zeit vom 17. Oktober bis zum 1. Dezember betrug in den beiden Vorjahren die Zunahme je 400 000, während sie dieses Jahr weniger als 300 000 ausmacht. Das Zunahmetempo verlangsamt sich. Die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahr sinkt. Man kann damit rechnen, daß bis zum Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit, d. h. bis Ende Februar die Unterstützenzahl höchstens bis auf vier Millionen steigen wird. Diese Zahl hat, so schlimm sie auch sein mag, nichts direkt Beunruhigendes an sich; denn finanziell ist die Unterstützung dieser voraussichtlichen Höchstzahl gesichert. Auch die Gemeinden können mit Hilfe der ihnen gegebenen neuen Steuermöglichkeiten die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen finanzieren. Die neuen gemeindlichen Belastungen sind gewiß keine schöne Sache; allein mit Schimpfen auf unbequeme Dinge löst man die Notlagen dieses Winters nicht. Das sollte sich jeder gesagt sein lassen, der heute noch das Glück hat, in Arbeit zu sein.

Die finanzielle Sicherung der Arbeitslosenunterstützung ist natürlich kein Anlaß, etwa die Hände in den Schoß zu legen. Ganz im Gegenteil: die drückende Last zwingt gebieterisch, vor allem der strukturellen Arbeitslosigkeit, koste es was es wolle, nun endlich einmal auch mit strukturellen Hilfsmaßnahmen zu begegnen. Das Kernstück dieser Maßnahmen ist die von den Gewerkschaften geforderte

Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung.

Sie steht bereits im Mittelpunkt der zur Zeit unter der Führung des Reichsarbeitsministers zwischen Unternehmern u. Gewerkschaften in Gang befindlichen Verhandlungen. Die Arbeitsstreckung soll im Weg einer freien Verständigung zwischen den beiden Gruppen herbeigeführt werden. Ein positives Ergebnis der Verhandlungen liegt im Augenblick noch nicht vor. Es wäre tief traurig, wenn es nicht dazu käme; denn zur Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt muß etwas geschehen. Ueber die Forderungen der Gewerkschaften über das preußische Arbeitsbeschaffungsprogramm ist in den letzten Wochen viel geredet und geschrieben worden. Allein mit klugem Gerede und spitzfindiger Aufstöberung von Schwierigkeiten, die gewiß mit den verschiedenen empfohlenen Hilfs-Maßnahmen verbunden sind, kommen wir nicht weiter. Natürlich ohne neue Lohneinbußen. Für die hat ja bereits der Lohnabbau ausgiebig gesorgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0001

Freilich verteidigte er auch die hohen Oberbürgermeistergehälter, die ein Teil seiner Freunde beziehen.

Gegen sechs Uhr wurde die Fortsetzung der Debatte auf Mittwoch vertagt.

Das Haus trat dann in die

Abstimmungen über zahlreiche Anträge

ein. Ein großer Teil davon wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Kommunisten legten einen langen Gesetzentwurf zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vor und beantragte bei zahlreichen Positionen namentliche Abstimmung. Dies hatte den Vorzug, die Nationalsozialisten in eine Verlegenheit zu bringen. Ein Abschnitt des kommunistischen Antrages verlangte, daß alle Vermögen über 500 000 ℳ, alle Dividenden und sonstigen Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen, alle Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergütungen, alle Einkommen über 50 000 ℳ mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 v. H. jährlich belegt werden sollen. Für diesen Antrag stimmten nur Kommunisten und Sozialdemokraten.

Die Nationalsozialisten stimmten den Antrag nieder.

Er wurde also abgelehnt. Die Nationalsozialisten wagten nicht, ihren Geldgebern eine Sondersteuer aufzuerlegen. Die Abstimmung zeigte, was von dem nationalsozialistischen Schwindel einer Enteignung der Bank- und Börsenfürsten zu halten ist.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Mittwoch kam es zu der großen Entscheidung, ob über die außenpolitischen Anträge beraten werden soll. Die gesamte Opposition verfolgte mit diesem Vorstoß das Ziel,

den Reichsaußenminister Dr. Curtius zu stürzen

und dadurch eine allgemeine politische Krise heraufzubeschwören. Für die außenpolitische Beratung sprachen der Nationalsozialist Dr. Frick, der deutschnationale Freytagh-Loringhoven, der Kommunist Stöcker und der Deutschnationale Dr. Kleiner. Dagegen redete in längeren Ausführungen der oberschlesische Zentrumsabgeordnete Ulitzka auf Grund seiner Besprechungen auch mit Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Er vertrat den Standpunkt, daß eine außenpolitische Debatte in diesem Augenblick nur zum Schaden der deutschen Minderheit in Polen ausschlagen werde. Der Deutschnationale Dr. Kleiner vertrat den gegenteiligen Standpunkt. Er wurde aber zur komischen Figur, als dieser Chauvinist auf einmal von der außenpolitischen Debatte eine Einwirkung auf das Weltgewissen erwartete. Der Kommunist Jaddasch warf übrigens dem Deutschnationalen Dr. Kleiner vor, daß dieser sich während der oberschlesischen Aufstände nicht an der Front, sondern in der Etappe befunden habe. Kleiner konnte darauf nichts anderes erwidern, als daß er in der entscheidenden Zeit Hauptschriftleiter der ostdeutschen Morgenpost gewesen sei.

(Sozialdemokratischer Zuruf: Also hat er mit Tinte geschossen!)

aber auch zeitweise am Annaberg gewesen sei. Ob an der Front oder in der Etappe, wie Jaddasch behauptet, wurde nicht klargestellt.

Dr. Breitscheid

gab für die Sozialdemokratie die Erklärung ab, die Geschäftsordnungsdebatte habe genügend bewiesen, daß eine einheitliche Kundgebung nicht möglich sei. Mit Reden, wie sie gehalten worden seien, könne man weder den Interessen der deutschen Minderheit in Polen noch denen des deutschen Landes dienen. Das bestärke die Sozialdemokratie in der Auffassung, jetzt keine außenpolitische Debatte zuzulassen.

Mit knapper Mehrheit, die dadurch geschaffen wurde, daß auch die Volksnationalen und Christlichsozialen gegen die außenpolitische Debatte stimmten, wurden die Anträge abgelehnt, am Mittwoch die außenpolitischen Anträge auf die Tagesordnung zu setzen. Der Ablehnung verfiel ebenfalls ein deutschnationaler Geschäftsordnungsantrag, auf die Tagesordnung die Anträge zu bringen, die die Auszahlung der Polizeikosten an den Staat Preußen aus den Reichskassen unterbinden wollen. Auch dieser Antrag bleibt also zurückgestellt.

Gegen 9 Uhr vertagte sich das Haus.

•

Mißtrauensanträge en gros.

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag Mißtrauensanträge gegen die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treviranus eingebracht.

Schieles Pläne.

Neue Hochschutzzölle.

Das Reichskabinett befaßte sich am Dienstag abend in einer Sitzung, die bis in die Nachtstunden hinein dauerte, mit neuen Plänen des Reichsernährungsministers Schiele zur Hebung der Not der Landwirtschaft.

Schieles Bemühungen gehen schon seit längerer Zeit dahin, das Kabinett zu weitgehenden Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen zu veranlassen. Die Forderungen gehen soweit, daß sie selbst mit dem bestehenden Handelsvertragssystem nicht in Einklang zu bringen sind und den Abschluß künftiger Handelsverträge erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würden. Das Reichskabinett hat sich bisher gegen die weitgehenden Forderungen des Reichsernährungsministers gewandt und es zunächst auch abgelehnt, Notverordnungswünsche Schieles in dem Umfang zu erfüllen, wie sie vorgebracht werden.

Die Pläne des Reichsernährungsministers Schiele gehen, nach Meldungen von zuverlässiger Seite, dahin,

für alle wichtigen Lebensmittel neue Zollerhöhungen

durchzusetzen. So soll der jetzige Gleitzoll für Getreide in einen starren Zoll umgewandelt werden, d. h. der höchste Stand eines Getreidekrisenzolles soll zu einem auf die Dauer gültigen Zoll gemacht werden. Schiele wünscht ferner eine weitere unumschränkte Ermächtigung zu Zollerhöhungen für Rindvieh, Schweine, Fleisch, Milch, Butter, Käse und Kaseln

Der Export geht darüber zugrunde.

Der „Berliner Börsen-Courier" schreibt zu den Absichten des Reichsernährungsministers, über die sich das Kabinett bisher noch nicht endgültig schlüssig geworden ist, folgendes: Die Erregung über die Absichten des Herrn Schiele innerhalb der deutschen Industrie ist ungeheuer. Gewisse Veredelungsbranchen brachten bereits zum Ausdruck, daß sie mit einer Halbierung ihres Exports rechnen müßten, wenn Schieles Pläne sich verwirklichten. Das Sanierungsprogramm der Regierung hat aber gum Endziel die Steigerung der Ausfuhr. Der Reichsernährungsminister würde also bei einem parlamentarischen Erfolg die Arbeit sloskgkeit in Deutschland entscheidend vergrößern und die Krise veremigen. Herr Schiele zeigt hier entweder eine verblüffende Unkenntnis internationaler Wirtschaftszusammenhänge oder er geriet unter bewußter Preisgabe der Aufgaben eines Reichsernährungsministers als ein bloßer und simpler Landwirtschaftsminister, als der rücksichtslose Zweckbeauftragte einer bestimmten Wirtschaftsgruppe.

Die Schlacht um Remarque.

Der tägliche Nazisturm gegen „Im Westen nichts Neues".

Abend für Abend ist in Berlin die Gegend um den Nollendorfplatz sozusagen Kriegsgelände. Die Jünglinge vom „Dritten Reich", meistens Halbwüchsige und Schüler trainieren sich im Straßentrawall, überfallen die Besucher des Films „Im Westen nichts Neues" und üben sich im Gröhlen unflätigster Hetz- und Schmutzlieder. Weil die Polizei den Rowdies den Mozartsaal gesperrt hat und die Brüder nicht mehr mit weißen Mäusen, Stinkbomben und Ratten ihre Kulturlosungen ausgeben können, haben sie jetzt den ganzen Westen unter Terror gesetzt. Da ungemein viel lichtscheues Gesindel mit den Nazis sympathisiert u. die SA. zu einem beträchtlichen Teil aus Vorbestraften besteht, nutzt das „kriegerische Gesindel diese Demonstrationen von „Frontsoldaten", die den Krieg in den Windeln genossen haben oder feige und erbärmlich irgendwo Schreibstubensessel drückten, auch zu Plünderungsversuchen aus.

Erich Maria Remarque,
der Verfasser von „Im Westen nichts Neues".

•

Josephs Theaterdonner.

Die zügellosen und widerwärtigen Kramalle der Nazis beginnen sich zu einem unglaublichen Skandal auszuwachsen. Herr Joseph Goebbels und die Seinen beabsichtigen, Abend für Abend in dramatischer Steigerung ihren gemeingefährlichen Unfug fortzusetzen. Für den Donnerstag, an dem die Filmoberprüfstelle über den Einspruch Sachsens und der faschistisch regierten Länder Thüringen und Braunschweig entscheidet, wollen die Krakeler sogar schon am Nachmittag einen Skandal-Großalarm anlegen. Es wird höchste Zeit, daß mit allen Mitteln diesem unerhörten Treiben des Mobs ein Ende gesetzt wird.

Das Gas in der Hand.

Am Montag abend konnte man die Hakenkreuzburschen so recht an der Arbeit sehen. Als der Ansturm am Nollendorfplatz schmählich mißglückt war, zogen die wildschreienden und tobenden Rüpel unter Johlen und Pfeifen zum Wittenbergplatz und übersielen dort sechs berittene Schutzpolizeibeamten, die auf dem Platz aufgestellt waren. Mit Pflastersteinen und Eichenknüppeln schlugen die SA. und die Stammgäste der Hitlerschen Kaschemmenlokale auf die Beamten ein. Zum Teil wurden Feuerwerkskörper geworfen, um die Pferde der Beamten zu Fall zu bringen. Die Polizisten, die aus dem Hinterhalt von einer mehrere tausend Mann starken Menge überfallen wurden, mußten sich unter einem Hagel von Steinen vorerst zurückziehen, nachdem die Sechs mehrfach versucht hatten, die tobende Menge auseinander zu bringen. Angeführt wurde die verbrecherische Meute von Herrn Goebbels, der in seinem Mercedes-Luxusauto angerollt kam und, die Hand zum römischen Gruß erhoben, eine geradezu schamlose Hetzrede hielt. Er betonte, daß man im Mozartsaal vorerst nur mit weißen Mäusen und Stinkbomben in die Schlacht gezogen sei. Bald aber werde man „andere Gase in der Hand" haben. Wenn die Nazis den Knüppel schwingen würden, so müßten bestimmt in großer Anzahl die Köpfe rollen. „Alber", so rief der tapfere Joseph, der im Krieg zu Hause geblieben war, mit einem zynischen Grinsen, „streng legal natürlich. Wir machen ja alles legal. —"

Treibjagd auf Juden.

Animiert und angefeuert durch diese beispiellose Putschrede begann die Menge dann sogleich ihre Aktivität zu beweisen. In einem großen Bierrestaurant am Wittenbergplatz zerschlug man mit Steinen die großen Scheiben, bedrohte die Gäste und schlug mit eisenbeschlagenen Stöcken auf die völlig Ueberraschten ein. Dann ging es unter andauerndem wilden Gebrüll, aus dem man nur die Worte

„Juda und Schupo verrecke!"

unterscheiden konnte, durch die Ansbacherstraße auf Umwegen zum Kurfürstendamm. In der Eislebenerstraße zeigte sich die nationalsozialistische Unterwelt von ihrer wahren Seite. Hier ist ein kleines Künstlerlokal, die „Lunte", in dem viel mittellose Schauspieler und Maler zu verkehren pflegen. Die Rowdies drangen in das Innere des Lokals ein, verprügelten die Gäste und warfen mehrere Tische um. Dasselbe Heldenstück verübten sie in einer in der Nähe gelegenen Konditorei, wo sie ohne jeden Grund eindrangen und „Jagd auf Juden" machten. Der Wirt wurde mit einem Totschläger ins Gesicht geschlagen; die Gäste wurden mit Fußtritten bearbeitet. Es kam zu einer wilden Schlägerei, da sich die Angegriffenen trotz der hundertfachen Uebermacht tapfer zur Wehr setzten. Zwei Gäste des Lokals wurden verletzt und mußten sich zur Rettungswache begeben

Verbrecher!

An der Uhlandstraße nahm Kleinmogul Goebbels Parade über seine Mannen ab. Was sich dann am Kurfürstendamm und in den Seitenstraße abspielte, muß eine Kulturschande genannt werden. Die verbrecherischen Gesellen liefen mit Stahlruten bewaffnet gänzlich unbeteiligten Passanten nach, die jüdisch aussahen, schlugen sie nieder oder verfolgten sie in die Häuser. Am Fehrbellinerplatz in Wilmersdorf sammelten sich dann die Horden aufs Neue und besetzten die U-Bahnen, um zum Nollendorfplatz zurückzukehren. Die Polizei hatte jedoch Vorsorge getroffen und Anweisung gegeben, die Züge am Nollendorfplatz nicht halten zu lassen. In einem Falle zogen die Nazis die Notbremsen, stürzten aus den Wagen, zerrissen die an den Bahnhofswänden angebrachten Propagandaprospekte des Remarque-Films und beschimpften den Zugführer aufs Gemeinste. Später in der Nacht zwischen 1 und 2 Uhr überfielen sie dann noch, um die Serie ihrer Bubenstreiche voll zu machen, eine Anzahl Straßenarbeiter, die auf Nachtschicht waren, sodaß die Polizei eingreifen mußte.

Hugenbergs Konkurrenzmanöver.

Ein besonderer Skandal ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Hugenberg-Presse. In unverblümter, aber zugleich auch unfläglich feiger Weise geben die Blätter des Geheimrats den Nazihorden Rückenstärkung. Von Tag zu Tag wird ihre Sprache aggressiver. Man kann als sicher annehmen, daß bei diesem Druckerschwärzesturm, den die Hugenberg-Kulis gegen den Remarque-Film unternehmen, das Konkurrenzdiktat von oben eine entscheidende Rolle spielt.

Alles fürs Geschäft.

Hugenberg hat an Hindenburg das Ansinnen gestellt, für seine Ufa dadurch Reklamedienste zu leisten, daß er sich gegen die weitere Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues" wendet. Wie verlautet, hat der Reichspräsident nicht die Absicht, dem Ansinnen Hugenbergs, seinem Filmunternehmen die Konkurrenz vom Leibe zu halten, stattzugeben.

Der politischen Unterwelt nachgegeben.

Außer Sachsen, Thüringen und Braunschweig haben nunmehr auch die Landesregierungen von Bayern und Württemberg an die Oberfilmprüfstelle in Berlin das Ansinnen gerichtet, den allabendlichen Radaufzenen im Westen Berlins nachzugeben und die Aufführung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues" nicht länger zu gestatten.

Wechsel in der polnischen Gesandtschaft in Berlin.

Dr. Knoll,
der bisherige polnische Gesandte in Berlin, dessen Demissionsgesuch genehmigt wurde.

Zigaretten-Privatmonopol?

Das Kontingent muß aufgehoben werden.

Als Ende 1929 die Tabaksteuer erhöht wurde, verband der Regierungsentwurf damit eine Kontingentierung auf zehn Jahre. Diese Absperrung der Zigarettenindustrie vor unerwünschter Konkurrenz, sowie die Aufstellung der gesamten Produktionsmenge unter die einzelnen Werke erklärte man als unmöglich, wenn nicht die Zigarettenindustrie unter der erhöhten Steuerlast zusammenbrechen sollte. Da die beiden Großkonzerne Reemtsma und Neuerburg etwa achtzig Prozent der deutschen Zigarettenerzeugung überwachen, hätte die zehnjährige Kontingentierung die staatliche Sicherung dieses Privatmonopols bedeutet. Diese Vergünstigung wäre nicht nur sachlich völlig ungerechtfertigt gewesen, sondern hätte auch alle Bestrebungen auf Errichtung eines staatlichen Zigarettenmonopols sehr erschwert, wenn nicht auf lange Zeit überhaupt unmöglich gemacht.

Diese Bedenken waren so stark, daß die Sozialdemokratie eine Verkürzung des Kontingents von 10 auf 1¼ Jahre durchsetzte.

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 brachte eine Verlängerung des Kontingents um ein Jahr. Dadurch sollte die Zigarettenindustrie für die vorgesehene Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Zigarettensteuer entschädigt werden. War diese Begründung schon nicht sehr stichhaltig, so hatte sie doch wenigstens den Schein der Berechtigung für sich. Jetzt bringt die Verordnung vom 1. Dezember wieder eine Verlängerung der Zahlungsfristen ohne gleichzeitig die gewährte Begünstigung der verlängerten Kontingents wieder aufzuheben. Damit hat die Zigarettenindustrie ein Geschenk erhalten, ohne dafür irgend eine Gegenleistung zu gewähren.

Diese staatliche Begünstigung des privaten Zigarettenmonopols muß den schärfsten Protest hervorrufen. Da es nicht möglich ist, daß Außenseiter die Monopolstellung der Konzerne Reemtsma und Neuerburg erschüttern, sind die Verbraucher dem Preisdiktat des Monopols völlig ausgeliefert. Schon plant die Zigarettenindustrie, die bisherigen Zehnstück-Packungen mit nur neun Zigaretten zum gleichen Preise zu liefern. Das bedeutet eine Verteuerung der Zigaretten um zehn Prozent, gestattet also der Industrie, die gesamte Abwälzung der Tabaksteuer auf die Verbraucher und verschafft ihr noch dazu einen höheren Gewinn als bisher.

Diese Regelung der Notverordnung vom 1. Dezember ist durch nichts gerechtfertigt. Die Sozialdemokratie hat darum einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des Kontingents fordert. Damit wäre die Möglichkeit einer Konkurrenz gegeben, die im Interesse der Verbraucher dringend zu wünschen ist.

Verurteilter Verleumder.

Der praktische Arzt Dr. Alfred Braun aus Bremerhaven wurde am Dienstag von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des früheren Innenministers Grzesinski zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Braun hatte die verleumderische Behauptung in die Welt gesetzt, daß sich der Minister im Hotel „Excelsior" in Bremerhaven nach der Rückkehr von seiner Zeppelinfahrt nach Amerika betrunken habe. An dieser Behauptung war nicht ein wahres Wort. Im Verlauf der Verhandlung gab der Ehrenmann an, daß Minister G. damals mit einem Rechtsanwalt aus Otendorf verwechselt worden wäre.

Der Antrag des Staatsanwalts gegen den akademisch gebildeten Verleumder lautete an Stelle einer verwirkten Strafe von 1 Mon. Gefängnis auf 1000 Mark Geldstrafe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0002

Kabinett Laval?

Senator Pierre Laval,

der französische Arbeitsminister, verläßt nach seiner Betrauung mit der Kabinettsbildung das Palais Elysee und wird von den Journalisten bestürmt.

Er will es schaffen.

Paris, 10. Dez. (Eig. Drahtb.) Laval hat den ganzen Dienstag über seine Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts fortgesetzt, ist aber seinem Ziel nicht um einen Schritt näher gekommen. Am Mittwoch will er eine Erklärung über seine Verhandlungen abgeben.

„Ich werde meine Bemühungen um die Kabinettbildung fortsetzen. Nichts kann mich entmutigen." So erklärte Laval am Dienstag abend am Schlusse eines verhandlungsreichen Tages, der ihm nur Enttäuschungen gebracht hatte. Seine Anstrengungen sind auf dem toten Punkt stehen geblieben. Die Radikalen wollen weder mit der Marin-Gruppe noch mit Tardieu zusammen arbeiten, während Laval weder auf Tardieu noch auf die Marin-Leute verzichten will. Man erwartet daher, daß er entweder die alte Tardieu-Mehrheit wieder an die Regierung bringen oder ein Minderheitskabinett ohne die Radikalen und ohne die Marin-Gruppe bilden will.

Auch Tardieu korrupt?

Die Opposition gegen die Person Tardieus, die in den Kreisen der Linksparteien immer schärfere Formen annimmt, ist darauf zurückzuführen, daß der ehemalige Ministerpräsident angeblich im Oustric-Skandal nicht mehr ganz rein da steht. Jedenfalls erklärt der sozialistische „Populair", daß dieser Skandal erst in seinen Anfängen stehe und daß er binnen kurzem zum Untergang und der gerechten Bestrafung Tardieus führen werde. Die kommunistische „Humanite" versichert sogar, daß Tardieu persönlich mit Oustric in Verbindung gestanden habe, daß er die verschiedenen Stützungsaktionen der Bank von Frankreich für den Spekulationsritter und die strafgerichtliche Verfolgung seiner ersten Angreifer veranlaßt habe.

Generalstreik in Valencia.

Ein Arbeiterführer erschossen.

Madrid, 10. Dez. (Eff). In Valencia ist die Arbeiterschaft am Dienstag nachmittag in den Generalstreik getreten. Im Verlauf eines Zusammenstoßes zwischen Arbeitern und Polizei wurde am Dienstag ein Arbeiterführer getötet und ein Beamter durch drei Schüsse so schwer verletzt, daß bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus der Tod eintrat. Die Erschießung des Arbeiterführers gab das Signal zur sofortigen Proklamation des Generalstreiks. Der Beschluß lautet dahin, den Streit zunächst auf 48 Stunden zu führen und ihn am Donnerstag abzubrechen.

Sejm-Eröffnung.

Die Heiduken Pilsudskis.

Warschau, 9. Dez. (Eig. Drahtb.) Am Dienstagmittag um 12 Uhr wurde der neue polnische Sejm eröffnet. Ministerpräsident Slawek verlas zu Beginn eine kurze Botschaft des Staatspräsidenten. Alle Parteien des demokratischen Linksblocks, sowie die nationalen Minderheiten betraten den Sitzungssaal erst nach der Verlesung der Erklärung. Kommunisten, die während der Verlesung Zwischenrufe machten, wurden auf Befehl des Innenministers Skaladkowski mit Gewalt aus dem Saale geschleppt.

Sejmmarschall wurde, mit den Stimmen des Regierungsblocks, der frühere Ministerpräsident Switalski. Die Abgeordneten der Linken schrieben demonstrativ auf ihre Stimm-Zettel das Wort Brest-Litowsk. Switalski übernahm sein Amt erst nach der Einholung der Zustimmung des Staatspräsidenten, dem er erklärte, daß er sein Amt sofort niederlegen werde, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Staatsoberhauptes besitze.

In seiner Ansprache erklärte Switalski, daß er das Immunitätsrecht der Abgeordneten nicht mehr anerkennen werde. Er werde ferner die Tagesordnung nur in Uebereinstimmung mit der Regierung festsetzen. Ueberhaupt ging aus der Rede Switalskis hervor, daß er das polnische Parlament nur als gesetzgebendes Werkzeug der Regierung und Pilsudskis zu behandeln beabsichtige.

Hoover lehnt ab.

Nur keine Illusionen über amerikanischen Verzicht.

Washington, 10. Dez. (Eff). Von zuständiger Seite wurde am Dienstag erklärt, daß man keineswegs beabsichtige, die Verwendung der alliierten Schuldenzahlungen neu zu regeln, sondern man an dem Programm festhalte, wonach die Zahlungen zur Abtragung der öffentlichen Schuld — und zwar Ermäßigung der Steuerlast des amerikanischen Volkes benutzt werden sollen. Diese Erklärung, die zwar nicht von Hoover direkt abgegeben wurde, aber auf seine Initiative zurückzuführen ist, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und läßt erkennen, daß alle Bemühungen um eine baldige Revision des Youngplanes vorerst keineswegs von einem Erfolg begleitet sein würden.

Die englische Arbeitslosigkeit hat — wie uns aus London gemeldet wird — am 1. Dezember nach den am Dienstag im Unterhaus vom Arbeitsminister bekannt gegebenen Zahlen die Höhe von **2 305 639 Männer und Frauen erreicht.**

Abschluß der vorbereitenden Abrüstungskonferenz

Genf, 9. Dez. (Eig. Drahtb.) Am Dienstag hat die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten mit der Annahme eines völlig unzureichenden Konventionsgesetzentwurfes und eines Berichtes an den Völkerbundsrat endgiltig abgeschlossen. In der Schlußrede wies der Präsident darauf hin, daß der Abkommensentwurf nunmehr sämtlichen Regierungen zugehe, von denen es jetzt abhänge, ob die Abrüstungskonferenz bald zusammentreten könne. Die deutsche Abordnung kehrt am Mittwochfrüh nach Berlin zurück.

Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen. Zum Bürgermeister wurde mit 27 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Wirtschaftspartei Dr. Fritz Eccarius, bisher zweiter Bürgermeister in Pforzheim, gewählt.

Graf Julius Karolyi ungarischer Außenminister. Der ungarische Reichsverweser hat den Minister des Aeußeren, Dr. Ludwig Walko, auf sein eigenes Ansuchen von dieser Stellung enthoben. Zu seinem Nachfolger wurde das Mitglied des Oberhauses Graf Julius Karolyi ernannt.

Aus aller Welt.

Der Todesnebel im Maastale.

Flugzeugaufnahme des Industriedorfs Engis an der Maas,

wo bisher 70 Personen unter rätselhaften Umständen nach Einatmen eines offenbar giftigen Nebels starben. Die belgische Aerztekommission ist sich bisher über Art und Ursprung der Giftstoffe gänzlich im Unklaren. Bei den Bewohnern des Maastales wächst die Ueberzeugung immer mehr, daß die zahlreichen Todesfälle durch giftige Gase hervorgerufen wurden, die sich in dem Nebel befanden. Man glaubt, daß sich Kohlenstoff- und schwefelhaltige Gase, die im Wasser löslich sind, infolge des dichten Nebels auf dem Erdboden haben halten können, da die Temperatur etwas unter dem Nullpunkt lag. Man hat die auffällige Feststellung gemacht, daß um die Zinkhütte herum jeder Pflanzenwuchs vernichtet ist und daß alle Opfer des Giftnebels in der Nähe der Zinkhütte wohnten. Professor Malvoz-Lüttich erklärte mit Bestimmtheit, daß der Nebel die schädliche Wirkung hervorgerufen habe.

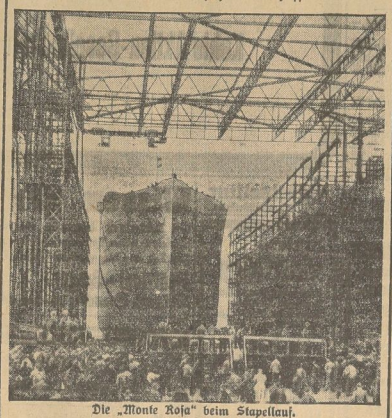
Neues Opfer des § 218. In Minden vergiftete sich ein junges Mädchen durch den Genuß von im Getreide enthaltenen Mutterkörnern, die, in größeren Mengen genossen, den Tod bringen. Das Mädchen war ein Opfer des Aberglaubens, daß durch den Genuß dieser Körner eine Abtreibung vorgenommen werden könne.

Verunglücktes Postflugzeug. Unmittelbar nach dem Start raste in Schanghai ein Postflugzeug über dem Whangpo-Fluß gegen die Segel einer Dschunke und stürzte an einer Stelle, an der das Wasser sehr flach steht, ab. Die Maschine zerschellte, drei Insassen des Flugzeuges, unter ihnen der Pilot, wurden getötet, vier, darunter General Hsiungschihui, Kommandant der chinesischen Garnison in Schanghai, schwer verletzt.

Höllenmaschine explodiert. Der amerikanische Millionär Thony May bekam durch die Post eine Höllenmaschine zugeschickt. Als das Paket geöffnet wurde, kam die Maschine zur Explosion. Vierzehn Personen wurden verletzt.

Mord beim Turnen. Nach einem Wortwechsel wurde in Harra (Thüringen) der 22 Jahre alte Arbeiter Knoch von einem um zwei Jahre jüngeren Schmied namens Teichmann erstochen. Das Drama spielte sich in der Turnhalle ab. Der Mörder wurde verhaftet.

Neues deutsches Schiff.



Die „Monte Rosa" beim Stapellauf.

Auf der Hamburger Werft Blohm u. Voß lief das neue 14 000 t große Motorschiff der Hamburg-Süd, „Monte Rosa", von Stapel.

Die Afrika-Fliegerin.

Marga v. Etzdorf,

die bekannte deutsche Fliegerin, die allein einen Flug Berlin-Kanarische Inseln unternahm, ist wohlbehalten am Kap Juby an der Goldküste gelandet, von wo sie nach Teneriffa weiterfliegt.

Nebel und Schneestürme über England. Die englische Küste, London und Southampton waren am Dienstag vormittag wieder in dichten Nebel gehüllt. Der Nebel verursachte zahlreiche Verkehrsunfälle, wobei drei Personen getötet und viele verletzt wurden. Bei Hatfield stießen drei Güterzüge im Nebel zusammen. Etwa 30 Güterwagen wurden schwer beschädigt. Aus den nördlichen Teilen Englands werden Schneestürme gemeldet.

Kirsteneinsturz. Ein Teil des Gewölbes der Pfarrkirche in Stadtlohn (Westfalen) ist eingestürzt. Glücklicherweise fand zur Zeit der Katastrophe keine Gottesdienst statt. Trotzdem wurden drei Personen zum Teil schwer verletzt. Die Einsturzursache ist unbekannt.

Autokatastrophe in Tirol. Auf der Pitzthaler Straße (Tirol) kam während der Talfahrt ein Postauto ins Schleudern und stürzte einen 30 Meter tiefen Hang hinab. Die 15 Insassen des Wagens wurden zum Teil schwer verletzt.

Frenzels Freilassung. In Beantwortung der Haftbeschwerde des abermals zu Zuchthaus verurteilten Amtsvorstehers Frenzel aus Bornim bei Potsdam hat der vierte Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Kammergerichtsrates Professor Dr. Klee entschieden, daß Frenzel aus der Haft entlassen werden kann, wenn er 10 000 Mark Kaution stellt. Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, einer der beiden Verteidiger, denkt, das es möglich sein wird, Geld bis Mittwoch zu beschaffen, obschon Frenzel selbst durch den Prozeß völlig mittellos geworden ist. Voraussichtlich wird Frenzel also am Mittwoch aus der Haft entlassen werden.

Ende des Gallspach-Rummels? Der Kurbetrieb in Gallspach, wo bekanntlich der Wunderdoktor Zelleis seine mehr als zweifelhaften Zauberkuren zur Durchführung bringt, ist in den letzten Monaten auffallend zurückgegangen. Symptomatisch ist, daß zahlreiche Zwangsversteigerungen von Hotels, Pensionen und Privathäusern beantragt worden sind.

Geheimrat Wrba zurückgetreten. Auf Grund verschiedener, offenbar nicht ungerechtfertigter Beschuldigungen hat der berühmte Dresdener Bildhauer und Akademieprofessor, Geheimrat Wrba in Dresden beim Sächsischen Kulturministerium sein Entlassungsgesuch eingereicht, das genehmigt werden soll. Menschliche Verfehlungen des Künstlers werden seine bedeutende Leistung, die in der ausgezeichnet geglückten Erneuerung des Dresdener Zwingers gipfelte, nicht beeinträchtigen können.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

Im Westen wieder Neues.

Berlin, 10. Dezember. (Eff.) Die Nationalsozialisten veranstalteten am Dienstag abend im Westen Berlins wiederum Demonstrationen gegen die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues". Dabei kam es, ähnlich wie an den vorausgegangenen Abenden ebenfalls zu Störungen der öffentlichen Ordnung. Erst um Mitternacht trat eine Beruhigung ein. Unterdessen waren zahlreiche Personen wegen Beschimpfungen von Beamten, Widerstand gegen die Staatsgewalt und sonstigen Störungen festgenommen worden, darunter auch der Nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius

Präsidentenwahl im Danziger Parlament.

Danzig, 10. Dezember. (Eff.) Der Danziger Volkstag wählte den sozialdemokratischen Abgeordneten Gehl mit 34 von 63 Stimmen zu seinem ersten Präsidenten. Die Nationalsozialisten fielen mit ihrem Anspruch auf dieses Amt glänzend durch. Sie mußten sich mit dem ersten Vizepräsidenten begnügen.

Gewaltsame Verhinderung einer Zwangsversteigerung.

Lahow (Kreis Greifswald), 10. Dez. (Telunion). Zu schweren Tumulten kam es auf dem Hofe des Landwirts Karl Dinse, dessen gesamtes lebendes und totes Inventar auf Grund von Pachtrückständen an die Greifswalder Universität zwangsversteigert werden sollte. Neben zahlreichen Käufern haben sich über 100 Landwirte aus dem Dorfe und der näheren Umgebung eingefunden, die die Maßnahmen der Vollziehungsbeamten gewaltsam verhinderten, so daß die Versteigerung eingestellt werden mußte.

Doppelmord bei einer Parade in Indien.

London, 10. Dez. (Telunion). Am Dienstag wurden in Lahore ein britischer Offizier und ein indischer Sergeant bei einer Parade ermordet. Der Mörder, ein indischer Korporal, verübte Selbstmord.

Der internationale Angriff auf die Löhne.

Paris, 10. Dez. (Eff). Wie die „Journee industrielle" aus Brüssel melden, haben die belgischen Grubenbesitzer eine neue Lohnherabsetzung von 5 Prozent verlangt. Die Bergarbeiter-Gewerkschaften sollen innerhalb 14 Tagen ihre Stellungnahme dazu erklären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0003

„NORDSEE"

Durch Riesenfänge billige Seefischpreise und bieten wir für diese Woche an:

Blutfrischen Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Goldbarsch, grüne Heringe

1 Pfund **28** Pfg.
3 Pfund nur **80** Pfg.

Ferner: Heilbutt, Rotzungen, Seehecht, Schollen, Makrelen und Filet.

Stets frische Aale und andere Räucherwaren
zu billigsten Tagespreisen.

Feinste Marinaden und Oelsardinen.

Lebende Karpfen, Aale, Hechte und Schleie.

Fisch-Spezialhaus „Nordsee"
Breiteweg 40 Telephon 2509

Billiges Bau- u. Gartenland

zu günstigen Bedingungen abzugeben. Auskunft im Büro des

Justizrat Schererz
Breiteweg 27 Fernruf 2625

Ob Erwerbslos, ob Wohlfahrtsempfänger
Ob Kleinrentner, ob Minderbemittelt
Ob Reich, ob Arm

für Jeden bringe ich ab heute die passenden

Weihnachtsbäume

1—6 Meter

Es ist mein Bestreben, die Preise so niedrig zu halten, daß Jeder in der Lage ist, sich einen Baum zu kaufen. Es soll niemand den Hof verlassen, welcher nicht gekauft hat u. zufrieden ist. Bitte überzeugen Sie sich. Gleichzeitig habe ich noch einen großen Posten bester deutscher **Tafeläpfel** am Lager.

Walter Rathenaustraße 29 Ecke Spiegelstraße, Schöpfers Grundstück
Dominikanerstraße, an der Katharinenkirche
Kühlingerstraße, Ecke Friedrichstraße

Puppen-Klinik

Spielwaren-Schlager
25, 50, 75 Pfg. **1.—** Mk. usw.

Große Ausstellung
Fischmarkt 15

Drascher & Bock, Halberstadt.

Wünschen Sie Radio?

Vollnetzempfänger mit eingebautem Lautsprecher spielt auch ohne Antenne

Für Gleichstrom Mk. **140.**— (ohne Röhren)
Für Wechselstrom Mk. **150.**— (ohne Röhren)

S. Berliner, Ing., Harsleberstr. 15 (Hof)

Reinlichkeit ziert allezeit!

Drum laß die Kleidung chemisch reinigen bei

Paatz

Düsterngraben 17 Fernruf 1571
Abholen und Zustellen kostenlos.

Ihr Kind

ist besonders in der rauhen Jahreszeit tückischen Erkältungskrankheiten ausgesetzt, wenn Sie ihm nicht tägl. einige der beliebten u. bekömmlichen „Kaiser's Brust-Caramellen" mit auf den Weg geben. Über 15000 beglaub. Zeugnisse sprechen für den Erfolg der echten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Billig!

Täglich früh 9 Uhr:
frische Seefische
Pfund 30 und 40 Pfennig.
grüne Heringe
Stint, Bratfische

Fisch-Börse
Martinplatz 8
Fernsprecher 2946.

Prima frisches
Gänsefleisch
und prima
Gänse-Pöelfleisch
empfiehlt
Emil Langrock,
Gröperstraße 48.

Deutscher Lederarbeiter-Verband

Ortsverein Halberstadt

Am Sonnabend, den 13. Dez., abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße 15, unsere

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Otto Wolff über: „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften"
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
3. Vorstandswahl
4. Oertliche Lage.
5. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.
J. A. Wernz.

Weihnachtswunsch
2 gebld. j. Mädch., such. Bekanntsch. m. 2 netten Herren, i. d. Nähe v. Lucdlind. Zuschr. m. Bild u. D. 665 a. d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu verkaufen:
Eine Bettstelle mit Matratze, ein Paar Damenhalbschuhe, Gr. 39, ein kl. Backtrog, eine Bolzenplätte, eine Aufschnittmaschine, Postkarten-Sänder, Pap.-Abreißständ
Roonstr. 9 (unten).

Achtung!

Preisabbau!

Herrensohlen u. Absätze 4.25
Damensohlen u. Absätze 3.25
Herrenabsätze 1.00
Damenabsätze 0.70
Kindersohlen je nach Größe.
Verarbeite prima Kernleder genagelt, genäht, geklebt.

Otto Schwieger,
Kleinblankenburg 1, Laden.

Eil- u. Ferntransporte
jeder Art mit Schnell-Lastauto übernimmt
Fr. Liesicke,
Gröperstr. 72. Tel. 1232.

Preisabbau

Batterien Stück 0.25 Mk.
Elektr. Bügeleisen 7.75 „
Fahrradbeleuchtg. m. Dynamo 14.75 „
Wringmaschinen 16.50 „
Waschmasch. Orig. „Miele" Bubikäder v. 13.25 Mk. an

Sprechapparate
von 35.— Mk. an
Schallplatten in gr. Ausw
Ersatzteile u. Reparaturen billigst bei

Fahrrad-Müller
Johannesbr. 1 Fernr. 1635
Auf Wunsch Teilzahlung.

Tabakpfeifen
Ehagpfeifen
Zigarren- und Zigaretten-Spitzen
Zigaretten-Etuis
usw.
Pfeifen-Ersatzteile
empfiehlt billigst
Ernst Paetzel
Drechslermeister,
Weingarten 25.

Schlaf-Zimmer
eiche mit Zebrano **900.—**
Küchen
lasiert u. farbig, von **210.—** an
Büfett
eiche gerippt **195.—**
eich. Stühle, mit Rindl. **18.—**

Schneeberg
Tischlerei mit elektr. Betrieb
Gröperstr. 21 Nordweg 15
Fernsprecher 2812.

Grünkohl 6 Pfd. nur 20 Pf.
Mantaiier Karotten 4 Pfd. 10 Pf. ½ Ztr. 60 Pf.
Indust. Kartoffeln Ztr. 180 Pf.
Borree, Schock nur 70 Pf.
Futtermohrrüben Ztr. 150 Pf.
Sellerie, schneew. ½ Ztr. 150 Pf.
Weihnachts- und Winteräpfel billigst.

Walter Rathenaustr. 29
Ecke Spiegelstraße, Hof links.

Neueste Muster!
Wachstuch-Decken
Gummi-Schürzen
0.50 0.95 1.35 bis 2.90
Gummihaus
Knopf
Breiteweg 55/57

Klubsessel
Chaiselongue
Chaiselongue-Decken
in jeder Preislage.

G. Großmann

Westendorf 36 (neben der Post)

Beachten Sie bitte meine Weihnachtsausstellung.

Preisabbau in allen Artikeln

Wachstuch-Decken, 85/100 100/130 115/145 cm
95 Pf. **2.50** **3.50**
Ledertuch-Decken, 100/130 **3.50**
Puppenstuben-Tapeten in großer Auswahl
Bohnerwachs- (Perladin) Füllen der ½ Pfd.-D. **30** Pf.
„ „ mit Farbe ½ Pfd. **50** Pf.

Willi Behrens jetzt **Hoheweg 47**
Spezialgeschäft in Farben, Lacke und Tapeten.

Fuss und Wade, Senk-Plattfuss Frostballen und Hühneraugen?

Ihr Schmerz ist sofort behoben, wenn Sie **Kleines Bandagen** tragen. Die Vorführung findet am **Donnerstag, 11. Dezember 1930,** von 10—18 Uhr in **unserem Geschäftslokal** durch den Erfinder **B. Kleine, Leipzig,** statt.

Kein Kaufzwang. Vorführung kostenlos.

Blaettermann & Co. Breiteweg Nr. 15.

Preis-Abbau

in

Korbwaren und Korbmöbeln

Große Auswahl — Erstklassige Ausführung
Billige Preise

Korbsessel . . von Mk. **7.50** an
Korbtische . . von Mk. **6.50** an
Reise-, Wasch- u. Tragkörbe

Korbwarenfabrik A. Loof, Halberstadt
Voigtei 47 Breiteweg 40

DEROP

Tankdienststelle

Friedrichplatz

eröffnet

Kohle Aktien-Gesellschaft

Möbelpolitur
Rats-Apotheke.

Zitzlers Kleiderpflege
Entstauben, Entglänzen, Reinigen, Waschen, Reparieren, Verstärken, Kunststopfen, Feinbügeln, kurz:
Gründl. Auffrischung Ihrer Garderobe besorgt schnell, billig u. zuverlässig
Zitzlers Maßschneiderei
Breiteweg 27.

Wissen Sie schon

daß **Kölnisch Wasser** ausgewogen, Markenware ebenbürtig ist, nur Sie kaufen lose Ware um **50%** **billiger.**
Lose Eau de Cologne, bestes Fabrikat, **100** gr. nur **1.45**

Medizinal-Drogerie H. d. Richthaus
Alfred Pusch, Halberstadt, Fernruf 1078

Kunst- und Bauglaserei

Spiegelbelegerei — Zum **Weihnachtsfeste** empfehle mein großes Bilderlager, auch Einrahmungen, prompt und preiswert — Glasschleiferei

Max Krankenhagen, Dominikanerstr. 17/18

Glashandlung

Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien, bestimmt vorrätig: Drogen Fritz Bösche, Breiteweg 11—12, Drogerie am Domgang, Hohenzollern-Drogerie, Spiegelstraße 59, Drogerie Kamm, Hoheweg 48, Drogenhandlung F. C. Günther, gegenüber der Post, Drogenhandlung O. Henicke, Bakenstraße 9.

Morgen Donnerstag frisch geschlachtet

Ab 10 Uhr: Stichfleisch mit Brühe.

Berthold Hörhold
Kattowitzerstraße 18. Fernruf 2105

Gegen spröde und rote Haut nur

Lebona-Rosenblüten-Creme
Große Tube **40** Pfg.

Medizinal-Drogerie H. d. Richthaus
Alfred Pusch, Halberstadt. Fernruf 1078.

Baumkerzen
Lametta-Christbaumschmuck
empfiehlt
Carl Baudorff Nachf.
Drogerie Hoheweg 6

Besuchen auch Sie
das gute und preiswerte Atelier
Georg Fehrecke,
Bismarckstraße Nr. 44.

Stragula

der billige Fußboden

pro □m **2.25** in den schönsten Mustern

Stragulateppiche

150×200	200×250	200×300
10.00	**16.50**	**20.00**

Stragulaläufer

50	60	67	90	110	133 breit
1.40	**1.60**	**1.75**	**2.35**	**2.90**	**3.50**

Stragulavorlagen
0.85 1.20—1.75 Mark

nur gute, fehlerfreie Ware!

Plüsch- und Haargarnteppiche
Divandecken u. Felle, Kokosläufer und -Matten
Puppenstuben-Tapeten

Otto Schmidt

Fernspr. 2635 Schmiedestr. 7

Wernigerode

Unter dem Schweinebestande des Maurers **Wilhelm Becker,** Hohe Warte 2d, ist **Schweinepest** festgestellt worden.

Wernigerode, den 8. Dezember 1930.

Die Polizei-Verwaltung.

Die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag beginnt erst um 18 Uhr.

Wernigerode, den 10. Dezember 1930.
Der Stadtverordneten-Vorsteher. Büchting.

Qualitäts-
Korb-Möbel

aller Art
kaufen Sie konkurrenzlos billig beim Hersteller

Eichel
Kaiserstraße 80 Burgstraße 6

Eigene Fabrikation. Eigene Weidenkulturen. Teilzahlungen gestattet.

Montag vormittag entschlief sanft nach langem, schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Hermann Möser

im fast vollendeten 78. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Donnerstag, 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sylvestri-Kirchhofes aus, statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 289 — Mittwoch, den 10. Dezember 1930 — 5. Jahrgang

WERNIGERODE

Gedenktage.

10. Dezember.

1830 †Simon Bolivar, Befreier Süd-Amerikas. — 1889 †Dichter Ludwig Anzengruber. — 1896 †Chemiker Alfred Nobel. — 1917 Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden in Rußland. — 1922 Friedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Haag.

Ist die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege?

In der Parteiversammlung am Montag sprach Genossin Bollmann-Halberstadt über die Frage „Ist die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege?". Beim Schlichtungswesen habe sich besonders gezeigt, welche Vorteile entstehen, wenn ein Sozialdemokrat Arbeitsminister ist. Der Schiedsspruch, der unter Severing und jetzt unter Stegerwald gefällt wurde, hat dies zur Genüge gezeigt. Selbst der Reichskanzler Brüning hatte eingesehen, daß der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung und die Reichstagsauflösung eine verkehrte Maßnahme gewesen ist. Es muß der Kampf aufgenommen werden, daß der Gegner nicht alle Lasten einseitig auf die breiten Schultern der arbeitenden Massen abwälzt. Bei der Notverordnung hat die Reichstagsfraktion in dieser Richtung gearbeitet. Bei der Bürgersteuer wurde die Staffelung erreicht, ebenso wurden bei der Krankenversicherung Verbesserungen erzielt.

In Notzeiten kommt es nicht allein auf den guten Willen der Fraktion an, sondern man muß den harten Tatsachen ins Gesicht sehen. Aktivität ist erforderlich, um aufklärend zu wirken. Nur auf parlamentarischem Wege ist die Erhaltung der Republik möglich. Der Parteipresse muß noch größere Beachtung geschenkt werden, damit die öffentliche Meinung aufgeklärt wird.

Gen. Bartels sprach gegen die Disziplinlosigkeit derjenigen Parteigenossen, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt hatten. Wahrscheinlich komme auch die Zeit, wo die Fraktion der Regierung Brüning die Gefolgschaft versagen muß. Ferner fragt der Redner bei der Gen. Vollmann wegen der Talsperre an und bittet um ihre Fürsprache in der Sitzung unserer Landtagsfraktion. Gen. Sander gibt ein anschauliches Bild der Vorgänge bes Nazüberfalls in Wolfenbüttel und ermahnt zum Zusammenhalt der Arbeiterschaft gegenüber den Uebergriffen der Faschisten.

Unter Parteiangelegenheiten macht Gen. Droste darauf aufmerksam, daß ab 1. November die Kassengeschäfte von dem Gen. Steigerwald verwaltet werden und daß sich in der Volksbuchhandlung, Burgstraße 30, die Hauptgeschäftsstelle der Partei befindet.

Die Einrichtung der gemeinsamen Bibliothek der Partei und der Gewerkschaften wird bekannt gegeben und um rege Inanspruchnahme gebeten. Zum „Lustigen Abend" der S. A.-J. am Freitag abend wird ein reger Besuch erwartet. Für die am Montag abend stattfindende Erwerbslosenversammlung im Gewerkschaftshaus muß lebhafte Propaganda getrieben werden.

Dem Quartalsbericht ist zu entnehmen, daß infolge der Reichstagswahl, erstmalig mit einem Zuschuß der Bezirkskasse gerechnet werden mußte. — Gen. Reichardt gibt eine Darstellung der Verhältnisse der Notwohnungen am Beckenstedter Weg und betont ausdrücklich, daß gar keine Veranlassung vorliege, die Verhältnisse etwa zu beschönigen. Die 20 qm Wohnraum sind ja auch nur als polizeiliche Unterkunft für Obdachlose zu betrachten. Auf die Einzelheiten eingehend, beweist der Redner, daß an vielen Mißständen, die sich dort eingeschlichen haben, die Bewohner nicht ganz unbeteiligt sind. Soweit die Stadtverwaltung die Möglichkeit habe, werde sie für ein anderes Unterkommen der zu eng wohnenden Familien sorgen. Selbst für das polizeiliche Unterkommen muß nach den gerichtlichen Entscheidungen eine Miete bezahlt werden. Gen. Droste stellte noch fest, daß nicht alle Mieter in einen Topf geworfen werden können. Es gäbe im Beckenstedter Weg auch Mieter, die weit von den Uebertreibungen Einzelner abrücken.

— **Bücherkreisfreunde!** Als Treuprämien für den Bücherkreis können einzelne der im Laufe der Jahre bisher erschienenen Bände ausgewählt werden. Die Meldungen müssen in den nächsten acht Tagen an den Vertrauensmann Gen. Steigerwald, Burgstraße 30, abgegeben werden.

— **Die Generalversammlung des Baugewerksbundes** findet am Sonnabend, den 13. d. Mts. im Gewerkschaftshaus (Gartensaal) für Wernigerode und am Sonntag in Benzingerode statt. Für Ilsenburg und Drübeck ist diese Generalversammlung für Montag abend in Ilsenburg angesetzt.

— **Autounglück.** Am Sonntag gegen 21 Uhr ereignete sich auf der Halberstädter Straße in der Höhe des Germania-Sportplatzes ein Autounglück infolge der Glätte der Chaussee. Der Wagen überschlug sich und begrub die drei Insassen unter sich. Der Besitzer des Wagens, ein Bauunternehmer aus Thale, und einer seiner Lehrlinge kamen mit leichteren Verletzungen davon, während der zweite Lehrling ins Kreiskrankenhaus eingeliefert werden mußte, woselbst ein Schädelbruch und Augenverletzungen festgestellt wurden. Die erste Hilfeleistung wurde von Arbeiter-Samaritern geleistet.

— **Theaterbund.** Nachdem eine große Zahl führender Bühnen im Reiche mit viel Beifall die große Erfolgsoperette „Mascotchen" wieder in den Spielplan aufgenommen haben, hat sie auch kürzlich das Stadttheater Halberstadt in einer Neuinszenierung herausgebracht. Am nächsten Montag kommt sie zu uns nach Wernigerode. Die Mitglieder werden gebeten für Einlösung ihrer Stammsitze Sorge zu tragen; für Nichtmitglieder sind gute Plätze aller Preisstufen in den Vorverkaufsstellen Zigarrengeschäft Ramme und Papierhandlung Schaffhäuser, zu haben.

— **Schweinepest in Wernigerode.** Unter dem Schweinebestand des Maurers Wilhelm Becker, Hohe Warte 2b, ist die Schweinepest festgestellt worden.

Nazifreundliche Richter.

Der zweite Quedlinburger Landfriedensbruchprozeß. — 19 Arbeiter verurteilt. — Kasernenhofton des Gerichtsvorsitzenden.

B. **Halberstadt**, 10. Dezember.

Gestern wurde vor dem erweiterten Schöffengericht Halberstadt gegen 19 Arbeiter wegen Landfriedensbruchs verhandelt. Außerdem sollten sich mehrere von ihnen Gewalttätigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Von den Angeklagten hatte nur einer zurzeit eine feste Arbeitsstelle, alle übrigen waren in der überwiegenden Mehrzahl seit längerer Zeit arbeitslos, so daß sie allein auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen waren. Das zur Verhandlung stehende Ereignis hat sich am 22. September kurz nach der Reichstagswahl in Quedlinburg am Bahnhof abgespielt. Am Tage vorher waren fünf Nationalsozialisten von Magdeburg nach Quedlinburg gefahren und waren dort im SA.-Lokal, dem Preußischen Hof, abgestiegen, wie sie sagten, um eine „Harztour" zu unternehmen. Warum sie zu diesem Zwecke nach Quedlinburg fuhren, wo, wie jeder Harzreisende ja weiß, der Harz erst bei Thale anfängt, ist in der Verhandlung nicht geklärt worden. Die Schlägereien haben sich nach übereinstimmenden Zeugenaussagen um 3 Uhr und kurz nach 3 Uhr auf dem Wege von der Innenstadt nach dem außerhalb befindlichen Reichsbahnhof ereignet. Auch bei diesem Umstand ist doch eigenartig, daß Harzreisende noch am Nachmittag des nächsten Tages in einer Stadt wie Quedlinburg bummelten und erst jetzt sich nach dem Bahnhof bemühten, um nach den Abfahrtszeiten der Züge zu sehen. Nach den einstimmigen Aeußerungen der Angeklagten haben die Magdeburger Nazis schon am Vormittag durch ihr Benehmen und ihre Redensarten die Quedlinburger Bevölkerung bis aufs äußerste herausgefordert, so daß die Erregung am Nachmittag schon sehr groß geworden war. Wer von den beiden Parteien mit den Tätlichkeiten begonnen hatte, ließ sich aus der gestrigen Verhandlung nicht entnehmen. Die Nationalsozialisten haben selbst zugegeben, daß sie den Kommunisten gegenüber geäußert haben, „sie wollten Stahl sprechen lassen." Auch Schlagwerkzeuge müssen beide Parteien getragen haben, denn zwei der Kommunisten wurden gleichfalls blutig geschlagen. Nach dieser Sachlage ist es **kaum zu begreifen, wie man die Nationalsozialisten als Zeugen gegen die Angeklagten auftreten lassen konnten.**

In den Aussagen der Zeugen, die an der Schlägerei nicht beteiligt waren, also den Kraftfahrzeugführern und den Bahnbeamten, kehrt immer die bestimmte wiedergegebene Beobachtung wieder, daß an den Zwistigkeiten der streitenden Parteien nur etwa 8—10 Personen beteiligt waren. Erst nachdem die Schlägerei beendet war, hatte sich vor dem Bahnhof, da gerade mehrere Züge eingelaufen waren und einige umliegende Fabriken Arbeitsschluß um 3 Uhr hatten, eine große Menschenmenge angesammelt, die die Schuld an den blutigen Zusammenstößen den Magdeburgern geben und deshalb die Polizei aufforderte, diese nach Waffen zu durchsuchen. Es wurde nichts gefunden. Aber es wurden ein weggeworfener Dolch und ein Gummiknüppel auf dem Bahnhofsvorplatz gefunden. Die Aussagen der Nationalsozialisten konnte man als objektiv richtig nicht bewerten, wie der Verteidiger ganz richtig ausführte. Wie konnte da das Gericht zu der Feststellung gelangen, daß alle Personen, die sich etwa kurz vor 5 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz befanden, an etwa 200 Personen, sich des Landfriedensbruches schuldig gemacht haben, da doch die Gewalttätigkeiten schon abgeschlossen waren und die Belastungszeugen, die Kriminalpolizei, die die Angeklagten in der Menge gesehen haben, selbst bezeugten, daß sie von den Schlägereien nichts mehr gesehen haben.

Die Art und Weise der Verhandlung des Vorsitzenden, besonders bei den Vernehmungen der Angeklagten ließ in der Form sehr zu wünschen übrig. Zunächst wurden die Angeklagten von vornherein wie dumme Jungens behandelt,

drückten sie sich nicht gleich so gewählt aus, wie es ihnen nun einmal nicht gegeben war, so wurden sie angeschnauzt, als befänden sie sich auf einem Kasernenhof. Weiter fiel auf, daß der Vorsitzende sich stets erst nach der Parteizugehörigkeit erkundigte. Das erweckte fast den Eindruck, als ob diese Feststellung genügendes Belastungsmaterial biete. Im Gegensatz hierzu befleißigte sich der Vorsitzende den Magdeburger Nationalsozialisten gegenüber einer ausgesuchten Höflichkeit und Zuvorkommenheit. Ihnen wurde fast aufs Wort geglaubt und man ging bis ins Einzelne auf ihre Bekundungen ein.

Das Urteil.

Das Gericht erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts. Sämtliche Angeklagten wurden wegen Landesfriedensbruch zu Gefängnis verurteilt. 15 Angeklagte erhielten 3 Monate Gefängnis, darunter befindet sich auch ein Mitglied des Reichsbanners. Vier von den Angeklagten wurden zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Die zur Mindeststrafe Verurteilten bekamen, außer zwei Arbeiter, Strafaussetzung zugesichert, wenn die über sie eingezogene Auskunft günstig lauten. Die zu acht Monaten Verurteilten haben Strafaussetzung erst nach Verbüßung der Hälfte der Strafe zu erwarten.

Es soll gegen das Urteil Berufung eingelegt werden.

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Zwölftes Kapitel.

Die Rechnungsrätin wußte sich mit Juscha nicht mehr zu helfen. Das Mädchen legte sich, bald nachdem es heimgekommen war, zu Bett. Nach ein paar Stunden hatte Juscha bereits schweres Fieber und hielt die Augen geschlossen und schien von einer furchtbaren Angst erfüllt zu sein. Sie murmelte unverständliche Worte vor sich hin und reagierte kaum auf das, was die Mutter sie fragte. Erst als die alte Frau sagte, sie werde doch besser einen Arzt holen, riß Juscha die Augen auf:

„Nein! Nein! Ich will keinen Arzt!"

Es hatte auch den Anschein, als ob das Mädchen trotz des hohen Fiebers sich nun etwas mehr zusammennähme.

Die Mutter versuchte zunächst ein paar erprobte Hausmittel gegen Erkältungen. Sie ließ das Mädchen Lindenblütentee trinken, machte ihr einen kalten Wickel um Hals und Brust, aber nur mit dem Erfolg, daß Juscha vor Frost zu zittern begann. Das Fieber allerdings schien etwas zurückgegangen zu sein; aber es kam dann gleich wieder, und zwar in verstärktem Maße.

Gegen Mitternacht war Juscha Lehner bewußtlos.

Die Rechnungsrätin glaubte erst, das Mädchen schlafe, sah aber dann, daß der Atem nur noch sehr schwach ging. Sie wagte es nicht, die Wohnung zu verlassen — an wen auch hätte sie sich wenden sollen? Sie dachte in ihrer Not an den Kommerzienrat, aber von Albert Dominique war in den letzten Wochen nicht mehr die Rede gewesen, so daß die alte Frau glaubte, die Beziehungen zwischen ihm und Juscha seien wieder eingeschlafen. Der Kommerzienrat hatte sich seit seinem ersten Besuch in der Mansardenwohnung nicht mehr sehen lassen — vielleicht war es zu einem Zerwürfnis zwischen ihm und Juscha gekommen. Da konnte sie ihn doch unmöglich während der Nacht stören. Die Köchin und das Stubenmädchen kannte die Rechnungsrätin nicht, hatte sie kaum ein paarmal flüchtig gesehen. Wußte auch nicht, wo und wie die beiden zu erreichen waren.

Nun war allerdings im Rückgebäude noch ein Chauffeur und in der Gärtnerwohnung der alte Merten. Aber der Chauffeur war ein finsterer Mensch, an den die Rechnungsrätin sich nicht traute, und aus der Wohnung des alten Merten war erst vor ein paar Tagen seine Tochter Else von Sanitätern auf einer Tragbahre weggeholt worden. Außerdem war Merten häufig genug betrunken — sie konnte ihn unmöglich jetzt wecken und von ihm verlangen, daß er einen Arzt hole.

Aber Juschas Zustand wurde gegen Morgen so bedenklich, daß die alte Frau ihre Hemmungen überwand, ein dickes Umschlagtuch überhing, die Treppen hinunterschlich und dann an der Haustüre der Gärtnerwohnung pochte.

Der alte Merten lag wach. Er war am Abend nicht ausgegangen — nach dem Unglück mit seiner Tochter konnte er sich ja kaum noch sehen lassen, denn seine Stammtischgenossen hatten durch irgendeinen Zufall in Erfahrung gebracht, um was es sich handele, und der alte Mann schämte sich, ihnen Rede und Antwort zu stehen. So lag er jetzt wach und grübelte.

Als er das Klopfen hörte, stieg er aus dem Bett und öffnete das Fenster seines Zimmers.

„Wer ist da?"

„Ich bin es, Herr Merten, — Frau Lehner!"

„Die Frau Rechnungsrat? Was wünschen Sie denn?"

„Ach Gott, Herr Merten, meine Tochter ist so schwerkrank! Ich möchte Sie bitten, wenn es Ihnen möglich ist, gleich einen Arzt zu holen!"

„Das wird jetzt nicht leicht sein, Frau Rechnungsrat! Bis man um diese Zeit einen Arzt herausstrommelt, das is nich so einfach. Meinen Sie nicht, daß man noch warten soll, bis es Morgen ist?"

„Ach Gott, Herr Merten — ich hab solche Angst! Die Juscha ist bewußtlos, und ich weiß nicht, was ich tun soll!"

„Na schön — da wer ich also gehn. Wollen Sie einen bestimmten Arzt haben, Frau Lehner — Ihren Hausarzt vielleicht?"

„Wir haben keinen Hausarzt! Lieber Gott — lieber Gott! Bringen Sie nur irgendeinen Arzt, Herr Merten — den nächsten, den Sie finden können! Wenn mir nur das arme Kind inzwischen nicht stirbt!"

„Beruhigen Sie sich man, Frau Rechnungsrat — ich laufe ja schon! Und so schlimm wird es ja wohl nich sein. Gehen Sie nur einstweilen wieder nach oben — ich komm so rasch wie möglich mit dem Arzt."

„Ach bitte Sie recht sehr, Herr Merten — nur recht rasch!"

„Ja, ja! Ich gehe schon!"

Die Rechnungsrätin begab sich wiedr in ihre Wohnung; der alte Merten zog sich rasch an und ging.

Welchen Arzt sollte er holen? Den nächsten, hatte die Rechnungsrätin gesagt. Der nächste war Dr. Marx, den er — — —

Aber das nutzte nun nichts; Merten wußte keinen anderen Arzt in der Nähe, und so drückte er auf die Nachtglocke des Dr. Marx. Sehr nachdrücklich.

Es dauerte eine Weile, bis an einem der Fenster im ersten Stock Licht gemacht wurde. Das Fenster ging auf und eine Männerstimme fragte: „Was ist los?"

„Herr Dr. Marx möchten mal so rasch als möglich nach Gutzkowstraße 12 kommen — da is 'n Mädchen sehr krank. Ich warte hier unten, weil Sie mit dem Aufgang nicht Bescheid wissen."

Das Fenster schloß sich wieder. Nach ein paar Minuten bereits erschien der Arzt.

„Gutzkowstraße 12?", fragte er, zu Merten tretend; dann faßte er diesen näher ins Auge: „hören Sie mal, sind Sie nicht vor 'n paar Tagen erst bei mir gewesen und haben mich nach Gutzkowstraße 12 geholt?"

„Jawohl, Herr Doktor, das war ich!"

„Aber sagen Sie mal, was is denn nu los? Man hat doch nicht am Ende ihre Tochter schon aus dem Krankenhaus entlassen?"

„Nee — es is 'n anderes Mädchen. Die Tochter von der Frau Rechnungsrat Lehner."

„Wissen Sie, was ihr fehlt?"

„Nee. Die alte Rechnungsrätin hat mich eben rausgetrommelt und gesagt, ihrer Tochter ginge es sehr schlecht — und da bin ich eben gleich losgezogen."

„Was hören Sie von Ihrer Tochter?"

„Nichts, als daß sie aus der Gefahr ist!"

„Da seien Sie froh — das Mädchen hat es sehr knapp beisammen gehabt, und wenn Sie mich eine Stunde später gerufen hätten, wäre es wahrscheinlich zu spät gewesen!"

„Oder gerade recht!", brummte der alte Merten, während er die Gartentüre aufschloß. Der Arzt sagte nichts darauf. Er folgte dem alten Mann an den hinteren Eingang und die zwei Treppen hinauf zur Wohnung der Rechnungsrätin, die bereits an der Tür wartete.

„Dr. Marx! — Ihre Tochter ist krank?"

„Jawohl, Herr Doktor. Sehr krank, glaube ich. Ich bin ja so froh, daß Sie gekommen sind!"

Der Arzt trat in das Zimmer Juschas. Das Mädchen lag blaß wie eine Tote und völlig bewegungslos da. Sie reagierte auch nicht, als Dr. Marx ihre Hand ergriff, um den Puls zu fühlen.

(Fortsetzung folgt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0005

„Erst det Gehalt!"

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht das zur Zeit deutschnationale, geschäftstüchtige Wernigeröder Tageblatt ein Machwerk, das sich mit dem kürzlich verstorbenen Genossen Adolf Hoffmann beschäftigt. Dieses wandlungsfähige Organ, das bald allen politischen Parteien gedient hat, scheint den sonderbaren Ehrgeiz zu besitzen, den weltberüchtigten Arizonakicker im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten den Rang abzulaufen. Vor Jahren, als das Tageblatt noch im Dienste der Arbeiterbewegung stand und sich stolz „Organ der werktätigen Bevölkerung nannte", konnte es sich nicht genug tun, in der Bekämpfung alles dessen, was es heute verherrlicht. Und ausgerechnet dieses Blatt versucht den verstorbenen Genossen dadurch lächerlich zu machen, daß es ihm seine politischen Wandlungen vorwirft. Wenn Adolf Hoffmann seinerzeit der unabhängigen Partei und später den Kommunisten beitrat, so war das seiner radikalen Wesensart zuzuschreiben. Keinesfalls aber haben ihn „geschäftliche Vorteile" dazu getrieben, verehrtes Tageblatt! Und wenn er später wieder zur Sozialdemokratischen Partei zurückkehrte, so deshalb, weil er einsehen mußte, daß die Drahtzieher der Kommunistischen Partei mit ihrer Politik nichts weiter als einen großen Scherbenhaufen hinterlassen würden. Daß der Artikelschreiber bei dieser Gelegenheit alle die Kalauer aufwärmt, die zu dem Zweck in die Welt gesetzt wurden, führende Parteigenossen zu verungimpfen, versteht sich am Rande. Wer die Kampfesweise dieser Art Blätter verfolgt, es sei nur auf den damaligen Angriff Dr. Beinerts auf Stresemann an dessen Sterbetage in den Spalten des Tageblattes erinnert, der muß sich immer wieder wundern, daß es noch Arbeiter gibt, die eine derartige Presse unterstützen. Hinzu kommt, daß man offen und versteckt mit dem Faschismus und einer Rechtsdiktatur liebäugelt, um im gegebenen Falle die übliche Schwenkung vorzubereiten. Sollte darüber noch irgend ein Zweifel herrschen, so wird dieser durch einen Artikel Dr. Bangs, des „Sachverständigen" Hugenbergs, der sich am Kopf der Sonnabendnummer des Tageblattes befindet, beseitigt. Nachdem Bang die Steuerpolitik der Reichsregierung in Grund und Boden verurteilt hat, ohne auch nur versucht zu haben, etwas anderes an deren Stelle zu setzen, kommt er zu dem Schluß: „Lieber eine nationalvölkische (mit dem Tschechen Hitler an der Spitze?) Diktatur, als eine rote!" Was mit diesen Diktaturen nach Mussolinischem Muster erreicht wird, zeigt mit aller Deutlichkeit die Entwicklung Italiens. Diese erbringt den Beweis, daß nur ein demokratisch regierter Staat, in dem alle Schichten der Bevölkerung an der Gesetzgebung beteiligt sind, die Weltwirtschaftskrise zu überwinden imstande ist.

In einem weiteren Artikel regt sich das diktaturlüsterne Tageblatt über den Film „Im Westen nichts Neues" auf und schreibt von maßloser Verzerrung und unglaublichen Schmähungen deutschen Soldatentums. Gewiß ist es bitter, daß erst solche Bücher geschrieben werden müssen, wie das von Remarque, um das Volk über die Behandlung aufzuklären, die den gemeinen Soldaten von ihren Vorgesetzten zuteil geworden ist. Hat man es schon wieder vergessen, daß, während sich Zehntausende an einem Tage in den Schützengräben verbluteten, in den Etappen Orgien gefeiert wurden. Sind die Vorkommnisse in Charleville, dem Hauptquartier des ältesten Hohenzollernprinzen, die ein Offizier so treffend und rücksichtslos schilderte schon der Vergessenheit anheimgefallen? Hat man schon wieder vergessen, wie man unsere Brüder im Felde wegen geringfügiger Vergehen auf Befehl der Vorgesetzten auf Indianerart an Bäumen gebunden hat? Kann man sich etwas schimpflicheres vorstellen, daß man Menschen, die jahrelang unter der entsetzlichsten Entbehrungen ihre Leiber als Schutzwall dem Feinde entgegenstellten, in solch unmenschlicher Weise behandelt wurden. Zweifellos hat sich Remarque ein großes Verdienst erworben, daß er den Krieg in seiner wahren Gestalt geschildert hat. Das er damit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes einen großen Dienst erwiesen und ihr aus dem Herzen gesprochen hat, beweist die große Nachfrage nach seinem Buche. Daß Frick und Genossen, die das Vaterland auf Schreibsesseln verteidigt haben, diese wahrheitsgetreue Schilderung mit Mißbehagen aufnehmen, beweist nur, daß das große Völkermorden spurlos an ihnen vorübergegangen ist.

— **Auto gegen Bahnschranke.** Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg teilt mit: Am Sonnabend, den 6. Dezember, vormittags 11,25 Uhr fuhr ein Bienenburger Personenkraftwagen auf der Landstraße zwischen Wernigerode und Drübeck gegen die für eine Lokomotive geschlossene Schranke der Strecke Wernigerode—Ilsenburg. Die vorgeschriebenen Warnzeichen waren vorhanden. Bei dem Anprall wurde ein Schrankenbaum eingebrochen. *

* **Unterricht für die arbeitslose Jugend.** In einem Erlaß des preußischen Handelsministers wird zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeordnet, daß vom 1. Januar 1931 ab allen jugendlichen Erwerbslosen ein zusätzlicher Schulunterricht in der Berufsschule erteilt werden muß. Arbeitslosen Jugendlichen, die noch der Berufsschulpflicht unterliegen, soll ein zusätzlicher Berufsschulunterricht von 12—18 Stunden wöchentlich, nichtschulpflichtiger Jugend ein solcher von 18—24 Stunden erteilt werden. Die Vorarbeiten für die Durchführung dieses Erlasses an die Regierungspräsidenten sollen unverzüglich aufgenommen werden. Der Handelsminister richtet an alle für die Betreuung der erwerbslosen Jugend in Betracht kommenden Stellen — Berufsschulen, Jugendamt, Arbeitsamt, Berufsberatung, Berufsverbände, private Wohlfahrtseinrichtungen — gleichzeitig den Appell, die Durchführung der neuen Maßnahmen zu unterstützen.

* **Arbeitsmarktlage in Mitteldeutschland.** Durch die zunehmenden jahreszeitlichen Entlassungen in den Außenberufen hat die Lage des mitteldeutschen Arbeitsmarktes eine weitere Anspannung erfahren. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist seit dem 15. Nov. um 21 710 = 7,4 v. H. Neuzugänge auf 314 873 — davon 56 240 weibliche Personen gestiegen. Der Hauptzugang kam aus dem Baugewerbe mit 5224 Personen = 24 v. H. des Zuganges, aus der Landwirtschaft, die nach Abschluß der Rübenernte und mit Beendigung der Herbstbestellungsarbeiten Arbeitskräfte in erheblicher Zahl abstieß, mit 4224 Personen = 19 v. H. und der Berufsgruppe der Ungelernten — Entlassungen der Bahnmeistereien, Binnenschiffahrt und Wasserbauverwaltungen — mit 3706 = 17 v. H. Größere Entlassungen waren noch aus dem Metallgewerbe mit 1875= 9 v. H. und der Industrie der Steine und Erden — Steinbrüche und Ziegeleien — mit 1604 = 7 v. H. zu verzeichnen. Einen Rückgang der Arbeitsuchenden hatte nur das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und die Angestelltenberufe, als Folge des gesteigerten Weihnachtsbedarfes an Aushilfskräften aufzuweisen. Von dem vorhandenen 314 873 Arbeitsuchenden erhielten 141 752 Personen = 45,0 v. H., versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung (im Vorjahre 109 099) und 35 531 Personen = 11,2 v. H. Krisenunterstützung (im Vorjahr 18 991). Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung ist seit dem 15. November um 6,3 v. H. und die Krisenunterstützung um 10,9 v. H. gestiegen. Von den nicht unterstützten Arbeitsuchenden wurden 2182 mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

* **Die Post in Erwartung des Weihnachts-Paketverkehrs.** Um den gesteigerten Anforderungen des Weihnachts-Paketverkehrs gerecht zu werden, hat die Post, gestützt auf die Erfahrungen der früheren Jahre, umfassende Vorkehrungen getroffen, die eine schnelle und pünktliche Zuführung der Sendungen in die Hand des Empfängers erwarten lassen. Die Annahmeschalter werden dem Bedürfnis entsprechend vermehrt, neben den bestehenden Postverbindungen sind zahlreiche außergewöhnliche Beförderungsgelegenheiten auf der Bahn und auf Landwegen vorgesehen. Soweit die Pakete vom Empfänger nicht abgeholt werden, erfolgt ihre Zustellung unter Vermehrung der Betriebsmittel und der Zustellkräfte ohne besondere Kosten mit der gewohnten Pünktlichkeit. Wer seine Pakete rechtzeitig bei der Post aufliefert, kann sicher sein, daß sie zu der gewünschten Zeit den Empfänger erreichen. Wer verhindert ist, seine Pakete persönlich bei der Post aufzuliefern, oder sich den Weg zum Postamt sparen will, gebe sie dem Paketzusteller mit. Das kann überall geschehen, wo die Paketzustellung mit Fuhrwerk ausgeführt wird. Die Gebühr für die Mitnahme beträgt 20 Rpf. für ein Paket.

Preisabbau in Halberstadt?

Eine Vermittlungsaktion des Halberstädter Magistrats. — Käuferstreik oder Käuferohnmacht? — Erklärungen der Gewerkschaften.

wt. **Halberstadt**, 10. Dezember.

Nachdem vor einigen Tagen die Regierung in Magdeburg mit der Kaufmannschaft, mit dem Handwerk und mit den Verbrauchern Verhandlungen über die Durchführung eines Preisabbaues geführt hatte, folgte der Halberstädter Magistrat diesem Beispiel gestern, indem er Vertreter des Handels, des Handwerks, der Arbeitnehmer zu einer Besprechung im Stadtverordnetensitzungssaal zusammenrief. Den Vorsitz bei dieser auch von den freien Gewerkschaften besuchten Besprechung führte Oberbürgermeister Mertens, der in längeren Ausführungen die Möglichkeiten eines Preisabbaues auch in Halberstadt behandelte. Die Besprechung, so führte er aus, habe den Zweck, zu untersuchen, ob etwas geschehen könnte zur Senkung der Preise. Alle Kreise hätten wohl die Ueberzeugung, daß die Preise gesenkt werden müßten. Es müsse versucht werden, die öffentlichen Ausgaben herabzudrücken und die Ausgaben, die Handel und Industrie belasten, zu verringern. Ihre Entstehungskosten müßten gesenkt werden, um sie wieder stark zu machen. Es frage sich nun, wer den Anfang machen solle, weil ja doch auch die Lohnfrage eine nicht unerhebliche Rolle spiele. Die Stadt Halberstadt sei außerordentlich belastet mit Wohlfahrtsausgaben, mit denen Bürger unterstützt werden, die oft schon jahrelang ihre Lebenshaltung einschränken mußten und damit zur Verringerung des Umsatzes der Geschäftswelt beitrugen. Sie würden einer Verelendung anheimfallen, wenn es nicht gelänge, die Preise der Lebenshaltung zu drücken. Jetzt handele es sich auch darum, den Käuferstreik — wenn man überhaupt von einem solchem Vorgehen der Verbraucher in Halberstadt sprechen könne — zu beseitigen.

Es sei gefährlich, wenn kaufkräftige Kreise mit ihren Käufen zurückhalten, gerade jetzt in einer Zeit, auf die die Geschäftswelt mit großen Hoffnungen blicke. Ein verlorenegegangenes Weihnachtsgeschäft sei im Januar des nächsten Jahres nicht wieder einzuholen. Dem Verbraucher müsse mit Tatsachenmaterial klar gemacht werden, daß die Preise schon im Sinken begriffen sind und daß er die Pflicht hätte, seine Einkäufe zu tätigen.

Die Senkung der Preise soll in Halberstadt, so erklärte Oberbürgermeister Mertens weiter, nicht mit Zwang sondern freiwillig erfolgen, ohne amtlichen Preisdruck und ohne amtliche Nachprüfung der Preiskalkulation. Der Magistrat betrachtet sich bei dieser ganzen Aktion als eine neutrale Stelle, die durch die Verhandlung des städtischen Verkehrs- und Wirtschaftsamtes Hinweise ergehen lassen wolle. Bisher sei es dem Verkehrs- und Wirtschaftsamt auf dem Verhandlungswege gelungen, die Preise für Schweine, Hammel und Rindfleisch auf dem Wege der Verhandlung mit den zuständigen Organisationen zu senken. Auch die Bäcker haben sich durch die Festsetzung des Brotpreises auf 50 Pfg zur Preissenkung bereit erklärt. Ferner wurde mit der Kaufmannschaft Fühlung genommen, die aber bisher noch nicht geantwortet hat. Wünschenswert wäre nun auch eine Senkung der städtischen Werktarife.

An eine Senkung der Steuern und der Werktarife könne nicht gedacht werden, ehe nicht ein Abbau der Ausgaben der Stadt eingetreten sei.

Trotzdem aber müsse gesagt werden, daß die städtischen Werke beim Preisabbau folgen werden, folgen müssen.

Nach diesen Ausführungen, in denen auch auf die Notverordnung Bezug genommen war, gab Syndikus Dr. Fehr für die Industrie- und Handelskammer eine Erklärung ab. Er sagte die Preissenkung sei, hervorgerufen durch das Fallen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkte, bereits im Gange. Industrie u. Handel seien von der Meinung, daß nun die Reihe an der öffentlichen Hand sei, die Steuern und Abgaben zu senken. Sie müsse über kurz oder lang dazu kommen. Die Preissenkung hätte sich in aller Ruhe vollzogen, wenn nicht soviel darüber gesprochen oder geschrieben worden wäre. Vor allem müsse die jetzige starke Zurückhaltung der Käuferschaft überwunden werden, denn in allernächster Zeit sei keine größere Preissenkung, als wie wir sie jetzt verzeichnen, zu erwarten.

Kaufmann Leßmann sprach für die Kolonialwarenhändler u. führte u. a. aus, daß die starke Konkurrenz eine wahre Preisschleuderei zur Folge gehabt hätte und daß die Kolonialwarenhändler nicht daran denken könnten, die Preise noch weiter zu senken.

Für die freien Gewerkschaften gab dann der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB. Kollege Backsmann, eine längere Erklärung ab. Er sagte u. a.: Ich bin

nicht der Ansicht, daß man von einem Käuferstreik sprechen könnte; das kann sich nicht auf die breiten Schichten der Bevölkerung, auf die Arbeiter und Angestellten beziehen, deren Einkommen kaum reicht, um den allernotwendigsten Lebensbedarf zu decken.

In diesen Kreisen besteht ein großer Mangel an Geld, es steht doch fest, daß viele Familien nur Lebensmittel kaufen können und die Anschaffung wichtiger anderer Artikel unterlassen müssen, weil sie kein Geld haben. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist gesunken und darunter leidet die Geschäftswelt sehr. Wenn von Vertretern des Handels erklärt wird, man könne mit den Preisen nicht weiter heruntergehen, dann kann man sich wohl kaum viel von der Aktion des Halberstädter Magistrats versprechen. Deshalb haben auch die breiten Massen zur Preissenkungsaktion kein rechtes Vertrauen. Es soll nicht verkannt werden, daß sich die Kleinhändler in einer bedrängten Lage befinden. Aber die Wirtschaft und der Handel werden nur durch die Hebung der Kaufkraft angekurbelt werden können, denn das Geld, das der Arbeiter verdient, legt er nicht auf die hohe Kante, sondern er muß es sofort ausgeben. Ausdrücklich muß vor dem Fehler gewarnt werden, die Frage der Preissenkung zu einer Frage der Lohnsenkung zu machen.

In der weiteren Aussprache ergriffen u. a. Sandmann vom GDA., Heinsius vom Handel, Lange vom Deutschen Beamtenbund das Wort. Von ersterem wurde auf die Erhöhung der Miete und auf die Erhöhung der Werktarife verwiesen und erklärt,

man könne nicht von einem Käuferstreik, wohl aber von einer Käuferohnmacht sprechen, denn alle erhöhten Abgaben hätten die Kaufkraft der Arbeitnehmer ganz erheblich geschwächt.

Die hohen Preise der hiesigen Hotels für Wohnung, Speise und Getränke wurden gleichfalls in der Aussprache kritisiert.

Oberbürgermeister Mertens faßte das Ergebnis der Aussprache zusammen und erklärte, daß das Verkehrs- und Wirtschaftsamt in seinen Verhandlungen mit den Organisationen fortfahren werde, um die Frage der Preissenkung zum Besten der Gesamtbevölkerung zu lösen. Er wies noch auf den sechsprozentigen Gehaltsabzug ab 1. Februar 1931 bei den Beamten hin und bezeichnete diesen Abzug als eine weitere Schwächung der Kaufkraft. Beider gäbe es einige Parteien, die sich in ihrem Gekrächz um Gehaltsabbau nicht genug tun könnten; was bei dem Abbau der unteren und mittleren Beamtengehälter erreicht werde, sei sicherlich nicht zum Vorteil für die Wirtschaft.

Oberbürgermeister Mertens schloß die Besprechung mit der Ankündigung, daß eine zweite Besprechung in nächster Zeit stattfinden soll, um die Ergebnisse der jetzigen Verhandlung entgegenzunehmen.

Aus Halberstadt.

9 Zigaretten statt 10.

Zigarettenkrusts wollen noch mehr als die Steuer abwälzen.

Aus der Zigarettenindustrie wird mitgeteilt, daß nach Annahme der Tabaksteuervorlage ab 1. Januar die Zigaretten „zum bisherigen Kleinverkaufspreise der Packungen geliefert werden sollen unter Fortlassung einer Zigarette in den bisherigen 10-Stück-Packungen". Es wird die kühne Behauptung aufgestellt, daß die Zigarettenindustrie dadurch, daß sie die Anfang 1929 erhöhte Tabaksteuer selbst getragen habe, die „in anderen Branchen zur Zeit betriebene Preissenkung bereits aus eigener wirtschaftlicher Erkenntnis Anfang dieses Jahres durchgeführt" habe. Es wird die weitere Behauptung aufgestellt, daß die neue Steuererhöhung bei einer „Mehrbelastung von ½ Pfennig für die einzelne Zigarette ein Mehrzuktommen an Zigarettensteuer von 160 Millionen Mark" bedeute. Das sind ebenso sehr höchst ungerechte Maßnahmen als auch schiefe oder falsche Behauptungen.

Dem Verbraucher werden zum gleichen Preis in der Zukunft statt 10 nur 9 Zigaretten geboten. Der Verbraucher soll also beispielsweise an den Preis von 4 bzw. 5 Pf. für die einzelne Zigarette glauben, in Wahrheit aber zahlt er etwa 4½ bzw. 5½ Pf., denn für die zehnte Zigarette bekommt er eine Attrappe. Da nun aber die Gefahr bestünde, daß bei dem deklarierten Preis von beispielsweise 4 bzw. 5 Pf. die Zigaretten einzeln verlangt werden könnten, soll durch einen Verpackungszwang, gegen den sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Keil schon im Reichstag wendete, der Verkauf von einzelnen Zigaretten unmöglich gemacht werden. Das Publikum wird also nicht nur getäuscht, sondern höchstwahrscheinlich wird auch, wenn einzelne Zigaretten nicht mehr abgegeben werden dürfen, der Verbrauch und der Umsatz im Zigarettenhandel zurückgehen.

Die Behauptung, daß die Zigarettenindustrie die Preissenkung durch die Nichtbelastung der Verbraucher aus der vorjährigen Tabaksteuererhöhung schon vorweggenommen habe, ist mindestens für die großen Zigarettenkonzerne absolut unzutreffend. Denn einmal wurde ein großer Teil der neuen Steuern auf den Zigarettenhandel abgewälzt, zum anderen hat man eine Gewichtsverminderung eintreten lassen, zum dritten profitiert man von der Kontingentierung. Es ist also höchstwahrscheinlich, daß für die großen Firmen, bei denen 90 Prozent der Erzeugung liegen, überhaupt keine Erlösminderung eingetreten ist.

Es ist aber auch nicht wahr, daß die jetzige Erhöhung pro Zigarette eine Belastung von ½ Pf. bringt. Zigaretten- und Materialsteuer bringen erheblich weniger als die genannten 160 Millionen Mark. Offenbar rechnet man die Zigarrenbelastung der Zigarette zugute. Die Verteuerung der Zigarette um volle 10 Prozent, denn das bedeutet die Neuner- statt der Zehnerpackung, bringt also den Zigarettenfirmen noch zusätzlichen Gewinn. Dabei ist zu beachten, daß sich die großen Zigarettenfirmen auch jetzt wieder neue Vergünstigungen haben gemähren lassen, einmal die Verlängerung des Kontingents und zum anderen die Wiederaufhebung der Steuerfristenverkürzung.

Eine so ungerechte und unvernünftige Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist eine absolute Unmöglichkeit. Wir halten das Vorgehen der Zigarettenindustrie für ungerechtfertigt.

---

* **Verkehrsverbesserungen nach Schierke.** Da die Brockenbahn wegen der hohen Schneelage im Brockengebiet die Station Schierke im Winter nicht bedient, ist während dieser Zeit der Bahnhof Elend der Nordhausen-Wernigeröder-Eisenbahn Bahnstation für den Wintersportplatz Schierke. In diesem Winter werden zu jedem an- und abgehenden Zug beider Richtungen Postautos verkehren, die in Unter-, Mittel- und Oberschierke halten werden. Daneben besteht Fahrgelegenheit mit Schlitten und Privatautos. Die Kraftpostlinie Harzburg—Schierke ist den ganzen Winter über in Betrieb.

* **Erhöhte Mindestgebühr des Gerichts.** Der Amtliche Preußische Pressedienst weist darauf hin, daß durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 mit Wirkung vom 3. Dezember 1930 ab die Mindestgebühr des Gerichts in Streitsachen auf eine Reichsmark erhöht ist. Anträge im Güteverfahren oder auf Erlaß eines Zahlungsbefehls erfordern jetzt also in der Wertstufe bis 20 Mark statt der bisherigen Gebühr von 50 Rpf. eine Gebühr von 1 Mark. Wer Verzögerungen vermeiden will, wird darauf achten müssen.

* **Der bestohlene Dieb.** Zwei junge Leute standen wegen Diebstahls vor dem Halberstädter Schöffengericht. Sie sollen in Perleberg und Aschersleben zwei Fahrräder gestohlen haben. P. ist auf Grund seiner Vorstrafen, durch die bei ihm Rückfall in Frage kommt, mit der Gerichtspraxis vertrauter wie der unerfahrene Sch. Das merkt man schon an seiner Verteidigung. Sch. gibt nämlich zu, daß er in Perleberg ein Fahrrad gestohlen hat, das er in Aschersleben in der Herberge verkaufte. In der Herberge zu Aschersleben lernte er auch den Mitangeklagten kennen. In Aschersleben hat Sch. dann ein zweites Fahrrad gestohlen, das vor dem Rathaus stand. Hierbei hat P. Schmiere gestanden. Das Rad brachten sie dann in eine Feldscheune. Als Sch. es am nächsten Tage holen wollte, hatte es P. schon geholt und verkauft, so daß Sch., der eigentliche Dieb, leer ausging. Das Gericht erkannte gegen P. auf sechs Monate und gegen Sch. auf sechs Wochen Gefängnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0006

Aus Osterwieck.

ows. Die hiesige Zuckerfabrik beendete am 5. Dezember ihre Zuckerkampagne mit einer Verarbeitung von 962 168 Zentner Rüben. Die durchschnittliche Tagesleistung betrug über 16 000 Zentner und war damit um 2000 Zentner höher als im Vorjahre. Die Zuckerausbeute war gegen das Vorjahr um 1 Prozent besser. Pro Morgen wurden im Durchschnitt 160, im Vorjahre 123 Zentner geerntet. 100 000 Rüben werden noch getrocknet. Diese Verarbeitung wird voraussichtlich noch bis 21. Dezember dauern. Die neue Blättertrocknung und Kartoffelflockenanlage haben sich gut bewährt.

Aus Oschersleben.

o. Kommunistisches Wolkenkuckucksheim! Systematisch und verantwortungslos wird die Not der Erwerbslosen und Sozialhilfebedürftigen in jeder Beziehung für ihre zusammenschmelzende Partei von den Kommunisten ausgenützt. So hatten sie vor kurzem eine Erwerbslosenversammlung einberufen. Karlchen als Versammlungsleiter und der 21jährige, unverheiratete Richter waren dazu berufen, die Not der Familienväter zu schildern. Man hat natürlich, wie dies ja immer der Fall ist, wunderschöne Forderungen, wie Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe von 40 Mk. für jede Familie, darüber hinaus noch 5 Zentner Kartoffeln und 5 Zentner Kohlen und Lebensmittel, aufgestellt. Wir haben vor einigen Tagen bereits das Anschwellen der Arbeitslosen in Oschersleben durch Stillegung der Hauertschen Zigarrenfabrik geschildert. Man kann daher zu Weihnachten ruhig mit 1500 Erwerbslosen rechnen, zu denen noch rund 500 Sozial- und Kleinrentner kommen. Um diesen 2000 Unterstützungsempfängern die kommunistischen Forderungen gewähren zu können, müßte die Stadt ca. 100 000 Mk. aufbringen. Jeder halbwegs vernünftige Mensch muß anerkennen, daß dieses ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Verhältnisse liegen schon einmal nicht besser als anderwärts, wo überall die katastrophalen Verhältnisse in den Wohlfahrtsetats festzustellen sind. Wir glauben kaum, daß die Kommunisten verlangen, daß auch in Oschersleben die durch die Notverordnungen der Regierung gezeigten Steuermege, nämlich Einführung von Kopf- und Erhöhung von Getränke- und Biersteuer eingeführt werden müssen. Selbst wenn die Stadt diesen Weg beschritte, würde sie in einem ganzen Jahr nur eine Steuererhöhung von rund 50 000 Mk. gewinnen. Man kann an diesen wenigen Zahlen schon ermessen, daß es zweierlei ist, Forderungen zu stellen und diese durchzuführen. Die Politik der Kommunisten ist jedoch nur all zu durchsichtig, als daß sie nicht erkannt wäre. Man glaubt Forderungen stellen zu können um nach deren Ablehnung wieder fette auf die Sozialfaschisten schimpfen zu können. Selbst braucht man ja 4 Monate, ehe man einen vernünftigen Stadtverordneten findet. Und wenn dieser da ist, lehnt er Deckungsvorlagen ab. — Wir geben aber schon heute die Erklärung ab, daß unsere Stadtverordnetenfraktion schon längst sich mit dieser Frage beschäftigte und daß in der Stadtverordnetensitzung schon dementsprechende Beschlüsse gefaßt wurden. —

o. Notstandsmaßnahmen der Stadt. Wie wir soeben noch erfahren, hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung der von der Stadtverordnetensitzung am Montagabend beschlossenen Notstandsaktion einstimmig zugestimmt. Berücksichtig werden sollen Wohlfahrtserwerbslose, Krisenunterstützungsempfänger in Gruppe 6 und darunter und die sonstigen, der allgemeinen Fürsorge unterstehenden Personen. Der Personenkreis der gehobenen Fürsorge fallen unter diese Aktion nicht, da sie bereits besonders und höhere Unterstützungen bezogen haben. Meldungen haben beim Wohlfahrtsamt, Kornstraße, bis zum Sonnabend, den 13. Dezember, zu erfolgen. Spätere Meldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Kreis Oschersleben.

Wegeleben, 9. Dezember. Vor einigen Tagen sahen Einwohner, die sich am frühen Morgen zur Arbeit begaben, vor einer Wirtschaft einen älteren Mann in der Gosse liegen. Ein Polizeihauptmachtmeister bemühte sich um den am Boden liegenden und hatte dabei das Pech, selbst zu Fall zu kommen, so daß vielleicht manchem Straßenpassanten allerlei Vermutungen aufkamen. Wir wollen hier den Fall nicht näher unterschen, aber die Stadtverwaltung wird einmal der Frage nähertreten müssen, ob die beiden im Dienste der Stadt stehenden Personen in diesem Fall in ihrem Dienstefer zu weit gegangen sind. Man sollte den einen Beteiligten, den 75jährigen Nachtwächter, getrost zur Ruhe setzen und für ihn eine jüngere Kraft einstellen. Es sind doch erwerbslose Personen, die diesen Posten ausüben können, genug vorhanden.

Aus Thale.

th. Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend sind Diebe in das Gewächshaus des Gärtners Richard Freitag in der Worth eingebrochen. Sie haben ein großes Fenster abgedeckt, und sind dann eingestiegen. In dem Vorraum haben sie allerhand Unfug getrieben. Verschiedene Tuten waren aufgerissen und die darin befindlichen Sämereien ausgeschüttet. Ein Paar Ledergamaschen haben die Diebe mitgenommen. Die Tat ist von Personen ausgeführt worden, die in dem erst neuerbauten Gewächshaus scheinbar gut Bescheid wußten.

Aus Quedlinburg.

q* SPD.-Frauengruppe. Heute, 20 Uhr: Gemütliches Beisammensein im Gewerkschaftshaus. Ein kleines Päckchen nicht vergessen. Donnerstag, 20 Uhr, Gasvortrag in der Gasanstalt. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

q.* Gesellschaft Harzer Bergtheater e. V. Am 13. Dezember d. Js. findet in Quedlinburg im Quedlinburger Hof um 20 Uhr die Mitgliederversammlung der Gesellschaft Harzer Bergtheater statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Bericht über das verflossene Spieljahr, 2. Rechnungslegung, 3. Ausblick und Bericht über die Aufgaben des neuen Spieljahrs, 4. Verschiedenes.

Kreis Quedlinburg.

Gatersleben, 10. Dezember. **Betrüger.** Vor einem in unserer Gegend auftretenden Steuerberater Sihl, der gelegentlich auch als Wanderredner Vorträge über steuerliche Fragen hält und der Bevölkerung gegen Entgelt Steuererlaß- und sonstige Anträge anfertigt, wird gewarnt. Es handelt sich um einen den Behörden bereits bekannten, herumreisenden Betrüger. Vom 11. bis zum 15. Dezember und zwar vormittags von 8—1 Uhr sind in der Ortssteuerkasse die Grundvermögenssteuer, die Hauszinssteuer und die Gemeindesteuer für den Monat Dezember 1930 zu zahlen.

Hedersleben, 9. Dezember. Am Freitag findet im Lokale Fürstenberg eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Jedes Mitglied muß pünktlich erscheinen, auch die Genossinnen sind hierzu eingeladen.

Weddersleben, 10. Dez. **Veranstaltung der Sozialdemokratischen Frauengruppe.** Die Jungsozialisten von Quedlinburg kommen am Sonnabend, den 13. Dezember, nach hier, um mit einem wirksamen Programm einen Erfolg versprechenden Abend auszufüllen. Am letzten Sonntag traten die JS. mit dem gleichen Programm in Quedlinburg an die Oeffentlichkeit, die Einlaßkarten waren schon eine Woche vorher ausverkauft. Zwei Stunden vor Beginn der Veranstaltung rückten schon die ersten Besucher an. Um 7 Uhr war Saalöffnung, eine viertel Stunde später war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Von den Besuchern ist keiner enttäuscht nach Hause gegangen, für jedem war der Abend ein Erlebnis. Wer von den Wedderslebern will sich die Gelegenheit entgegen lassen. Darum sichert euch zeitig einen Platz. Karten gibt es beim Genossen Sommer im Konsum.

Bad Suderode, 10. Dezember. Die neugebildete „Schufo", Schutzformation des Reichsbanner, versammelte sich am Sonntag morgen auf dem Markt zu ihrem ersten Ausmarsch. Der Ausmarsch ging über Gernrode, Rieder zum Landgraben, und von dort über die Chaussee Quedlinburg-Suderode wieder zurück. Diesem Ausmarsch werden noch viele andere folgen.

Stecklenberg, 9. Dezember. **Gutsverkauf.** Das Freiherrlich von dem Busche-Streithorstsche Rittergut, 840 Morgen groß, soll im Ganzen oder in Parzellen nebst Schloß und Ländereien sowie Forstbesitz verkauft werden. Es umfaßt 515 Morgen Acker, 25 Morgen Wiesen, 125 Morgen Weiden, 175 Morgen Holz und das 1892 erbaute massive Schloß mit Park und Garten und Tagelöhnerhaus.

Pr.-Börnecke, 8. Dezember. **Beil in Kinderhänden.** Der fünfjährige Sohn des Arbeiters D. in Pr.-Börnecke erlitt beim Spiel einen Unfall. Die Schwester des Jungen wollte Brennholz, den sie zum Kreisseln gebrauchte, mit einem Beil durchhacken, traf dabei die Hand ihres Brüderchens, das eine schwere Daumenverletzung erlitt. — Süßer Diebstahl. Vor 3 Wochen wurde dem Gastwirt Hempel von hier ein vor seinem Lokal aufgehängter Schokoladenautomat, in dem sich Geld und Schokolade befand, gestohlen. Jetzt erst wurde der Automat unter einer Brücke auf der Hecklinger Chaussee vollständig demoliert und seines Inhalts beraubt aufgefunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Winningen, 9. Dezember. **Notlandung eines Ballons.** Ein nicht alltägliches Ereignis konnten die Einwohner der Gemeinde Winningen bemerken. Ein Freiballon sandete auf der Burgbreite, dicht vor Winningen. Die Landung ging glatt vonstatten. Gleich nach der Landung strömte jung und alt herbei, um den Luftschiffern bei der Abmonterung des Ballons zuzuschauen.

Hilfsaktion in Oschersleben.

Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung.

Oschersleben, 10. Dezember.

Nach längerer Pause traten die Stadtverordneten am Montag abend zu einer Sitzung zusammen. Der Stadtv.-Vorsteher Genosse Krebs gedenkt nach Eröffnung der Sitzung des in der Zwischenzeit verstorbenen früheren Stadtverordneten und Stadtrat Jul. Tacke und weiterhin der Opfer der Bergwerkskatastrophen in Alsdorf und Maybach, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Der Stadtv.-Vorsteher berichtet von eingelnen Schreiben, die sich um die Nachfolge des von Oschersleben verzogenen Stadtv. Arndt (Komm.) drehen. Nachdem mehrere Vorgeschlagene verzichtet haben, tritt an Stelle Arndts nunmehr der Kommunist Christ. Jingel in das Stadtparlament ein.

Als Beisitzer zum Kleingartenschiedsgericht werden, da von den Verpächtern kein Vorschlag eingegangen ist, die von den Kleingartenorganisationen vorgeschlagenen Herren A. Diepermann, Ernst Ebler und Alfred Kuban gewählt.

Die Wahlen zum Mieteinigungsamt, gleichfalls für das Jahr 1931, hatten zur Vorschlag der in Frage kommenden Hausbesitzer- und Mieterorganisationen, folgendes Ergebnis: a) Hausbesitzer: Privatmann Fritz Dölle, Obergärtner Otto Behrendt, Kaufmann Fritz Hahn, Privatmann Karl Osburg und Schneidermeister Hermann Förterling. b) Mieter: Werkmeister Wilhelm Barz, Telegr.-Oberl.-Aufseher Hermann Hendel, Invalide Willy Rentsch, Schneidermeister Albert Köhler und Arbeiter Otto Duderstadt.

Durch den Regierungspräsidenten ist ein Darlehen von 2500 Mk. zur Instandsetzung von Altwohnungen bewilligt worden. Das Darlehen ist mit 2 Prozent zu verzinsen, innerhalb 10 Jahren zurückzuzahlen und nach Maßgabe der Richtlinien über die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zu verwenden.

Die Versammlung stimmte auch dem vom Magistrat beschlossenen Ortsstatut für die gewerbliche Berufsschule zu.

In Brandfällen hat sich die unangenehme Erfahrung herausgebildet, daß durch die öffentliche Inbetriebnahme von Sirenen und Fabriksirenen ein Teil der in den Außenbezirken wohnenden Feuerwehrleute erst spät auf die Brandgefahr aufmerksam wurden. Diesem Uebel soll nunmehr durch Anlegung einer neuen Alarmanlage abgeholfen werden, wodurch Feuerwehr und Polizei direkt in ihren Wohnungen alarmiert werden. Die Kosten sollen zirka 10 000 Mark betragen. Die Städtefeuersozietät ist bereit, eine Beihilfe von 1000 Mark zu gewähren und die restlichen Kosten gegen 6 Prozent mit einer Rückzahlungsfrist von 5 bis 6 Jahren als Darlehen zu übernehmen. Vom Magistrat soll versucht werden, die Tilgungsdauer auf 10 Jahre zu erweitern. Unter dieser Voraussetzung erteilte die Versammlung ihre Zustimmung.

Nunmehr befaßte sich die Versammlung mit einem Angebot der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt, wonach von derselben ein Hypothekendarlehen von 40 000 Mark zur Durchführung des zusätzl. Wohnungsbauprogramms gewährt werden soll. Von diesem Betrage werden der Wohnungsfürsorge-Baugenossenschaft 24 000 Mark zur Verfügung gestellt, während die restlichen 16 000 Mark von der Stadt selbst zur Herstellung von 10 Kleinstwohnungen verwandt werden sollen. Dadurch läßt sich ein notwendiger Bau von Baracken umgehen. Die Versammlung stimmte der Vorlage ohne Debatte zu.

Eine längere Debatte entspann sich bei den Vorlagen über Erwerb von Baugelände. Es handelt sich hierbei um Gelände am sog. Ziegeltamp sowie an der Hammeltrift (entlang der Braunschweiger Bahn). Der Kaufpreis für beide Projekte beträgt insgesamt 56 000 Mark. Beide Vorlagen wurden angenommen.

Von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion war ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, der die Bewilligung von 5000 Mark zur einmaligen Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen und Krisenunterstützten fordert. Der Stadtv. Bock (Soz.) führte in seiner Begründung aus, daß er nicht die Absicht habe, große Agitationsreden zu halten. Jeder kenne die Not, die in den im Antrag bezeichneten Volkskreisen herrsche. Die Zahlungen seien auch nicht als Weihnachtsunterstützung gedacht. Wenn vielleicht auch die Möglichkeit bestehe, aus den derzeitigen Etatsmitteln weitere Gelder zu diesem Zwecke flüssig zu machen, so dürfe man nicht vergessen, daß der schwerste Teil des Winters noch bevorstehe und daß auch hierfür noch Gelder notwendig seien. Bürgermeister Dr. Conert gab die Erklärung ab, daß es nicht feststehe, ob der Magistrat seine Zustimmung erteilen könne. Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, daß er hzw. der Magistrat kein soziales Verständnis hätten. Die Zeiten und die Lage der Stadt sei jedoch so, daß es als ausgeschlossen zu betrachten sei, daß besondere Mittel noch verausgabt werden könnten. Es bestehe die Möglichkeit, ohne die neuen, durch die Notverordnungen angezeigten Steuern in diesem Jahre auszukommen. Unmenschliches sei jedoch nicht zu leisten.

Nach kurzen Erklärungen wurde der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion einstimmig angenommen.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloß sich an.

Gewerkschaftliches.

Zur Beilegung des Arbeitszeitkonflikts im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau finden am kommenden Montag in Leipzig beim Braunkohlensyndikat Schlichtungsverhandlungen statt.

Der Metallarbeiterschiedsspruch für Bielefeld. Die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium geführten Nachverhandlungen über den Schiedsspruch im Bielefelder Metallarbeiterkonflikt endeten mit der Vereinbarung, daß in dem Schiedsspruch, der eine Senkung der Tariflöhne um drei Prozent und der Akkordlöhne um fünf Prozent vorsieht, der Passus eingefügt wird: „Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die Metallarbeiter werden sich heute in einer Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des veränderten Schiedsspruchs entscheiden.

Marktbericht.

Berliner Getreidebörse vom 9. Dezember.

	8. Dezember		9. Dezember	
	ab märkische Station in Mark.)			
Weizen	249.— bis	250.—	246.— bis	247.—
Roggen	152.— bis	153.—	155.— bis	156.—
Braugerste	204.— bis	222.—	202.— bis	220.—
Futter- u. Industrie-Gerste	190.— bis	194.—	90.— bis	194.—
Hafer	139.— bis	144.—	139.— bis	144.—
Weizenmehl	29.00 bis	26.75	29.00 bis	26.75
Roggenmehl	23.65 bis	16.75	23.75 bis	16.85
Weizenkleie	10.25 bis	10.50	10.15 bis	10.00
Roggenkleie	9.00 bis	9.50	9.00 bis	9.50

Magdeburger Produktenbörse.

Magdeburg, 9. Dezember. An der heutigen Magdeburger Produktenbörse kamen folgende Preisfestsetzungen zustande:

Weizen: 76—77 kg. 250—252 (unregelmäßig). Weizen: 77—78 kg. 252—254 unregelmäßig). Roggen: 160—162 (stetig). Sommergerste: Futtergerste: 190—194 (fest). Braugerste, mittlere Qualitäten: 215—225 (fest). Braugerste, gute Qualitäten: 224—241 (fest). Wintergerste: 162—196 (fest). Hafer: 158—162 (stetig). Mais nicht notiert. Viktoriaerbsen: (ruhig). Weizenmehl: 35¾—37½ (ruhig). Roggenmehl: —36—27— (fest). Weizenkleie: 1100—11.50 (fest). Roggenkleie: 9.25—9.75 (fest).

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 9. Dezember. Städtischer Schlacht- und Viehhof. Marktbericht der Notierungskommission. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Bankaufkosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Auftrieb 763 Rinder, und zwar 16 Ochsen, 163 Bullen, 460 Kühe, 124 Färsen, 10 Fresser, 475 Kälber, 178 Schafe, 4423 Schweine. Seit dem letzten Markte dem Schlachthofe direkt zugeführt 27 Rinder, 17 Kälber, 156 Schafe, 196 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht in Reichsmark. **I. Rinder.** A. Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, 1. jüngere — —, 2. ältere, —, b) sonstige vollfleischige. 1. jüngere ——, 2. ältere ——, c) fleischige — d) gering genährte ——. B. Bullen: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 52—55. b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 46—51. c) fleischige 40—45. d) geringgenährte ——. C. Kühe: a) jüngere, vollfleisch. höchsten Schlachtwerts 43—46. b) sonstige vollfleischige und ausgemästete 38—42 c) fleischige 30—37. d) gering genährte 20—29. D. Färsen (Kalbinn) a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts 50—54 b) vollfleischige 45—49. c) fleischige 40—44. E. Fresser: Mäßig genährtes Jungvieh — — **II. Kälber.** a) Doppellender. bester Mast — — b) beste Mast- und Saugkälber 62—72. c) mittlere Mast- und Saugkälber 50—62. d) geringe Kälber 45—52. — **III. Schafe.** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel. 1. Weidemast ——, 2. Stallmast 50—53 b) mittlere Mastlämmer und ältere Masthammel und gut genährte Schafe 45—49. c) fleischiges Schafvieh 40—44. d) gering genährtes Schafvieh — —. **IV. Schweine.** a) Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht — —. b) vollfleischige Schweine von etwa 240—300 Pfund Lebendgewicht 58—62. c) vollfleischige Schweine von 200—240 Pfund Lebendgewicht 57—60. d) vollfleischige Schweine von etwa 160—200 Pfund Lebendgewicht 54—58. e) fleischige Schweine von etwa 120—160 Pfund Lebendgewicht ——. f) fleischige Schweine unter 120 Pfund Lebendgewicht ——. g) Sauen 50—53. — Marktverlauf: Schleppend. Ueberstand: 60 Rinder, 500 Schweine.

Berliner Viehmarkt vom 9. Dezember. Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 40—44 (voriger Markt 42—46), b) 30—37 (32—39), c) 25—29 (27 bis 30), d) 20—24 (22—26), Kälber: a) — (—), b) 68—78 (70—80), c) 60—70 (60—70), d) 40—55 (40—55), Schweine: a) (über 300 Pfd.) 59 (62—64), b) (240—300 Pfd.) 58—60 (62—64), c) (200—240 Pfd.) 57—60 (62—64), b) (160—200 Pfd.) 55—57 (60—61), e) (120—160 Pfd.) 52—54 (56—57), f) (unter 120 Pfd. — (—), g) (Sauen) 52 (55—56).

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A.-J.)

Unterbezirk Halberstadt-Wernigerode. Am kommenden Freitag, veranstaltet die Ortsgruppe Wernigerode einen „Kultiven Abend". Alle auswärtigen Genossen, welche diese Veranstaltung besuchen wollen, müssen spätestens um 20,30 Uhr in Wernigerode („Monopol") sein. Kommt alle in Falkenflukt.

Halberstadt. Am Mittwoch ist Turnen in der Turnhalle Bleichstraße. — Am Freitag geben wir alle zur Gründungsversammlung des republikanischen Halberstädter Wintersportvereins. Sie findet um 20 Uhr im großen Saal des Marie Hauptmannstifts statt. — Am 20. Dezember, findet bei Bollmann, Bakenstraße, unsere interne Weihnachtsfeier statt. Denkt daran, bis zum 15. Dezember, den Unkostenbeitrag von 0,50 Mark an die Unterkassierer zu zahlen.

Kinderfreunde Halberstadt. Wir gehen heute zum Märchennachmittag der Freidenker, 16,30 Uhr (Gewerkschaftshaus). — **Rote Falken,** meldet euch rechtzeitig zur Jahreswendfeier nach Quedlinburg an. — **Heller.** Am Donnerstag treffen wir uns um 19,30 Uhr, auf dem Domplatz zur Helferstunde.

Unterbezirk Quedlinburg. Am Sonntag taaten im Bezirksjugendheim zu Steckenberg die Funktionäre der Arbeiterjugend im Unterbezirk Quedlinburg. Alle Gruppen waren vertreten. Der bisherige Werbebezirksleiter gab einen ausführlichen Geschäftsbericht. Es mußte allgemein anerkannt werden, daß unter Leitung des Genossen W. Ackert der Werbebezirk zur letzigen Größe und vor allem zur Leistungsfähigkeit gelangt ist. In 15 Vorträgen wurden den Funktionären das nötige Wissen vermittelt. Auf allen Taagungen war unser Werbebezirk zahlreich vertreten. Unser Werbespruch, stets und immer aktiv, hat sich bewährt. In den Berichten der Gruppen machten sich erschreckende Zahlen bemerkbar. Bald 40 Prozent aller unserer Mitglieder sind erwerbslos! Es konnte festgestellt werden, daß alle Gruppen sich innerlich gefestigt haben. Auch die Mitgliederzahlen sind gestiegen. 1. Werbebezirksleiter wurde Willi Ackert-Thale. Als Stellvertreter wurde die Genossin Herta Oberländer-Thale und als Schriftführer Gen. W. Dippe-Bad Suderode gewählt. Als Vertreter im Kreisausschuß für Jugendpflege konnte Gen. Heini Brandt-Thale ernannt werden. Danach wurde das genaue Programm zur Quedlinburger Jahreswende bekanntgegeben. Dann wurde beschlossen, am 17.—18. Januar in Thale ein Wochenendkursus abzuhalten. Als Referent haben wir den Genossen Lehrer Reckleben aus Thale gewonnen. Dieser spricht über

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0007

folgende Themen: „Schwarz-rot-gold in Geschichte und Literatur" und „Der demokratische Gedanke in Vergangenheit und Gegenwart". Gegen 14 Uhr fand die erfolgreiche Tagung, mit dem Hinweis sich sehr zahlreich an der Jahreswende zu beteiligen, ihr Ende.

Wernigerode. Der Heimabend fällt heute, Mittwoch aus; alles trifft sich dafür um 20 Uhr im Monopol. — Morgen, Donnerstag, Generalprobe zum „Diener zweier Herren". — Am Freitag erscheint alles in Falkenkluft um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus zum „Lustigen Abend".

Freie Gewerkschaftsjugend.

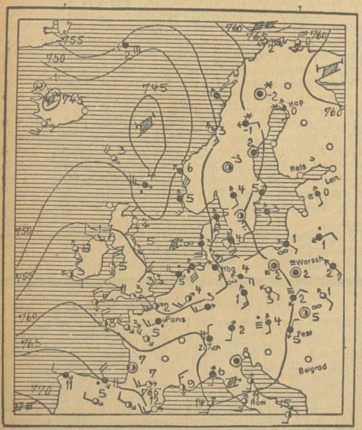
Jungbuchdrucker Halberstadt. Freitag, den 12. Dezember, 20 Uhr, im Tagesraum der Jugendherberge, Domplatz 49, äußerst wichtige Zusammenkunft. U. a. Besprechung der Einzelergebnisse bei der Zwischenprüfung; Jahreswendfeier; unser Arbeitsprogramm im 1. Vierteljahr 1931; Besprechung unserer nächstjährigen großen Wanderung. Die Tagesordnung ist so vielseitig, daß niemand fehlen darf.

Buchbinderjugend Halberstadt. Am Donnerstag, 11. Dezember, 20 Uhr, im Heim, sprechen wir über den Bucheinband. Alles muß erscheinen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Thale. Die A-Abteilung tritt Mittwoch, den 10. Dezember, um 17,30 Uhr beim Kameraden Schinkel an. Alle neu Eingekleideten müssen erscheinen. Da genaue Kontrolle geführt wird, muß jeder, der verhindert ist, sich entschuldigen.

Amtliche Wetternachrichten.



Wetterdienststelle Magdeburg.

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag abend.

Am Dienstag vormittag war es in unserem Bezirk heiter. Am Morgen waren die Temperaturen infolge klarer Nacht sehr tief gesunken und hatten in einzelnen Orten den Nullpunkt erreicht. Am Nachmittag verdichtete sich die Federbewölkung immer mehr, sodaß schließlich die Sonne verschwand. In höheren Gebirgslagen herrschte fast dauernd leichter Frost, im Hochharz liegt eine Schneedecke, deren Höhe aber überall nur einzelne Zentimeter beträgt. — Von Westeuropa rücken neue Störungen heran, die dem Rheingebiet Regen bringen. Eine weitere Störung liegt über dem Kanal; hinter dieser dringen sehr kalte Luftmassen ein. Dabei steht das Thermometer in England selbst an den Meeresstationen nur wenig über 0 Grad. An den Landstationen wird sogar schon Frost beobachtet. Am Mittwoch ist anfangs trübes Wetter mit Regen zu erwarten, im Laufe des Tages wird der Himmel aufklaren, aber es können immer noch einzelne Schauer niedergehen, die im Gebirge weiteren Schnee bringen.

Aussichten: Am Mittwoch anfangs trübes Wetter mit Regen, dann aufklarend und einzelne Schauer, im Harz Neuschnee, im Flachlande verstärkte Nachtfrostgefahr, besonders am Donnerstag.

Mitteldeutsche Rundschau.

Autozusammenstoß im Nebel.

Blankenburg (Harz). Infolge des Nebels stießen in der vergangenen Nacht an der Straßenkreuzung Cattenstedt—Timmenrode—Blankenburg zwei Kraftwagen zusammen. Zwei Insassen eines Fahrzeugs erlitten Verletzungen, außerdem wurden beide Fahrzeuge erheblich beschädigt.

Starkstromleitung durch Frost zerstört.

Schönebeck. Der Kreis Calbe (Saale) hatte gestern unter starken Stromunterbrechungen zu leiden. Die 100 000 Volt-Leitung von Förderstedt nach dem Umspannwerk Uellnitz war infolge des Frostes an mehreren Stellen durchbrochen. Die Umlegung der Stromleitungen nahm annähernd 8 Stunden in Anspruch. Auch im Hauptspannwerk der „Esag" in Förderstedt trat infolge Explosion eines Oelschalters eine größere Stromstörung ein.

Kommissar Ziegler vom Dienst suspendiert.

Burg. Der aus dem kürzlich gegen ihn durchgeführten Schwurgerichtsprozeß in Magdeburg bekannte Kriminalkommissar Ziegler aus Burg ist vom Regierungspräsidenten in Magdeburg bis zur rechtskräftigen Entscheidung in dem gegen ihn schwebenden Strafverfahren vom Dienst suspendiert. Bekanntlich hat die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil im Meineidsprozeß Ziegler beim Reichsgericht Revision eingelegt. Auch wenn dieser nicht stattgegeben werden sollte, ist kaum damit zu rechnen, daß Ziegler sein Amt als Kriminalkommissar in Burg je wieder übernehmen wird, da dann noch das Disziplinarverfahren gegen ihn durchgeführt wird, über dessen Ausgang kaum Zweifel bestehen dürften.

Schwerer Betriebsunfall.

Roitzsch. In der Zuckerfabrik Roitzsch ereignete sich dadurch ein schwerer Betriebsunfall, daß der am Schlammbagger beschäftigte Johann Wallocha die Schutzvorrichtung an den Baggergetrieberädern wieder anbringen wollte, hierbei ausrutschte und dabei ins Getriebe geriet. Trotzdem besaß W. noch soviel Geistesgegenwart, daß er die elektrischen Sicherungen herausnahm, sodaß der Bagger stillstand. Erst nach längerer Zeit bemerkte das Lokomotiv- und Rangierpersonal der Zuckerfabrik, daß der Bagger stand und beim Feststellen der Ursache fanden sie den Verunglückten in seiner gefährlichen Lage. Der linke Arm war so schwer verletzt, daß W. nach Anlegung eines Notverbandes dem Knappschaftskrankenhaus zugeführt werden mußte.

Im Zuge vom Tode überrascht.

Hettstedt. Der Reisende Schermer starb infolge eines Herzschlages auf der Fahrt zwischen Mansfeld und Hettstedt. Ein Eisenbahnbeamter in Mansfeld sah ihn noch, wie er in Mansfeld in sein Abteil schwankte. Er benachrichtigte sofort den Bahnhof Hettstedt von dem Vorfall. Als der Zug in Hettstedt einfuhr, war Schermer bereits tot.

Mißglückter Raubüberfall.

Giersleben. Auf der Heimfahrt von Ueberlandfahrten wurde am späten Abend das Fuhrwerk des Bäckers Weidig aus Giersleben unweit der Straßenkreuzung nach Warmsdorf und Schackenthal von Banditen überfallen. Während einer der Räuber dem Pferd in die Zügel fiel, versuchte der andere auf den noch fahrenden Wagen zu springen und bedrohte Weidig mit vorgehaltenem Revolver. Die Räuber hatten jedoch nicht mit der Unerschrockenheit des Ueberfallenen gerechnet, der die Drohungen unbeachtet ließ und mit seinem Peitschenstock sofort zum Gegenangriff überging. Einige Schläger über den Kopf entfernten den einen Banditen, während das angefeuerte Pferd sich von dem anderen selbst befreite. W. jagte mit seinem Gespann davon, wobei ihm mehrere Schüsse nachgesandt wurden, die jedoch glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Die von dem Ueberfallenen sofort alarmierte Landjägerei nahm die Verfolgung der Täter auf, die aber erfolglos blieb.

Brandstiftung gefällig?

Das Brändekonsortium, das die Versicherungsgesellschaften brandschatzte.

In Detmold ist man jetzt geradezu unglaublichen Versicherungsschwindeleien auf die Spur gekommen, die mit wahrhaft amerikanischem Gaunerformat getätigt worden sind.

Ein wohldurchorganisierter Trust,

der aus den Angehörigen der verschiedensten Berufe bestand, spielte sich dabei Versicherungsgelder in Höhe von weit mehr als 300 000 Mark in die Hände. Der Schwindel war nach streng kaufmännischen Prinzipien aufgezogen und die Organisation klappte so gut, daß die Versicherungsgesellschaften erst nach geraumer Zeit der Betrügerbande auf die Spur kamen.

In der Umgebung von Detmold liegen eine Anzahl Dörfer, die seit mehreren Wochen von zahlreichen Bränden heimgesucht wurden, deren Ursache jedoch niemals exakt festzustellen war. Meist brach das Feuer in alten Scheunen und recht baufälligen Gebäuden aus, was bereits zu einem gewissen Verdacht Anlaß gab. Das besonders Charakteristische dieser Brände war jedoch die seltsame Art ihres Ausbruchs. In jedem Fall schlug das

Feuer an drei bis vier Stellen zugleich

aus, so daß die Feuerwehren niemals etwas anderes tun konnten, als das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Nach intensiven Bemühungen stellte die Polizei fest, daß mehr als 20 dieser Brände von geheimnisvollen Brandstiftern angelegt worden waren.

Bald darauf wurde nachgewiesen, daß sämtliche dem Massenfeuer zum Opfer gefallenen Gebäude hoch und teilweise über Wert versichert waren. Die verdächtigen Haus- und Scheunenbesitzer wurden nunmehr in Haft genommen und jetzt kam heraus, daß eine regelrechte Organisation bestand, deren segensreiche Tätigkeit in dem Anzünden vorher genau vereinbarter Gebäude bestand. War ein Gebäude so heruntergekommen, daß ein Neubau dringend Not tat, so lief der Inhaber schleunigst zur Versicherung, versicherte das Haus hoch und ließ es dann einige Wochen später abbrennen. Auf diese einigermaßen originelle Weise sparte er die Kosten des Abreißens und strich außerdem noch eine recht erhebliche Versicherungssumme ein.

Die Versicherten teilten ihren Raub zu 50 Prozent

mit dem „aktivistischen" Teil des Trusts, dem sogenannten „Feuerkommando", das immerhin die manchmal recht riskante Aufgabe hatte, die notwendigen Feuerchen anzulegen.

Das „Feuerkommando"

bestand aus erfahrenen und geschulten Leuten, die mit einem geradezu staunenswerten Raffinement zu Werke gingen. Führer dieser Aktivisten war ein Mann, der den zweideutigen Titel „Branddirektor" erhalten hatte. Dieser „Branddirektor", der jetzt in Haft sitzt, war ein Meister auf seinem Gebiet und arbeitete mit geradezu unheimlicher Schnelligkeit. Wenn er den Auftrag erhalten hatte, eine Scheune oder ein Haus „umzulegen", so ging es bestimmt zwei bis drei Stunden später in Flammen auf.

Nachdem das „50 Prozent-System" zwischen den Brandstiftern und den Versicherungsbetrügern wegen geringer Einnahmen abgebaut worden war, wurde

ein Staffeltarif

eingeführt, nach dem die Brandstifter von den Betrügern entlohnt wurden. Für kleinere Scheunen zahlte man 100, für kleinere Häuser 200 und für respektablere Bauten 300 Mark. Auch bei diesen reduzierten Sätzen müssen die Brandstifter recht schön verdient haben. Die geradezu groteske Kriminalaffäre befindet sich im Stadium der Untersuchung und es verlautet, daß die Staatsanwaltschaft in den letzten Tagen eine Menge neues Belastungsmaterial in die Hand bekommen hat. Die Zahl der von der Bande inszenierten Brandstiftungen steht noch nicht fest, denn sie steigt täglich. Bisher wurden sieben Verhaftungen vorgenommen, zahlreiche weitere Festnahmen stehen bevor. Die geschädigten Versicherungsgesellschaften beabsichtigen, gegen das raffinierte Konsortium, das ihre Kassen so fühlbar gebrandschatzt hat, auch auf dem Wege der Privatklage vorzugehen.

Heute entschlief nach langem, schweren, mit Geduld ertragenem Leiden, mein innigst geliebter guter Mann und Vater

Friedrich Riekehr

Quedlinburg, den 9. Dezember 1930.

Frau Luise Riekehr u. Sohn.

Die Einäscherung findet am Freitag statt.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 10. Dezember, 20—22½ Uhr:
„Dreieck des Glücks"
Tragikomödie von Ebermayer (0.50—3.60)

Donnerstag, den 11. Dezember, 20—22¾ Uhr:
„Mascottchen"
Operette von Bromme (0.80—5.00).

Die nächste Rate sämtlicher Opernabonnenten und der Opernabonnenten des Bühnenvolksbundes ist fällig, zahlbar werktags an der Vorverkaufskasse im Rathaus, von 10—14 Uhr.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von **Halberstadt**, Band 145, Blatt Nr. 4284 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück

am 10. Februar 1931, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle, Richard Wagnerstraße Nr. 52, Zimmer Nr. 8 versteigert werden.

Nr. 1, Gemarkung Halberstadt, Kartenblatt Nr. 39, Parzelle Nr. 31, Grundsteuermutterrolle Artikel 3637, Gebäudesteuerrolle Nr. 2213, Wohnhaus Taubenstraße Nr. 30 mit Hofraum pp., Größe 93 qm, Gebäudesteuernutzungswert 460 Mark.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. September 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Zigarrenmacher **Carl Müller in Halberstadt** eingetragen.

Halberstadt, den 2. Dezember 1930.

Das Amtsgericht.

Verlobungs-Ringe
anerkannt preiswert und gut
R. Schickerling, Uhrmacher,
Dominikanerstr. 13. Dominikanerstr. 13.

Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags und Freitag, den 12. Dezember 1930
keine Sprechstunde.
Zahnarzt Dr. Heidecke
Magdeburgerstraße 53

Quedlinburg.
Hiermit laden wir zur Zeichnung des
Abonnements für die 2. Winterhälfte
ein. Es wird folgende Stücke umfassen:
Fledermaus, Operette von Johann Strauß, am 5. Januar 1931.
Schinderhannes, Schauspiel von Zuckmayer, am 19. Januar 1931.
Maria-Magdalena, Schauspiel von Hebbel, am 16. Februar 1931.
Preise für alle drei Vorstellungen zusammen: 1. Platz 7.40 RM., 2. Platz 5.90 RM., 3. Platz 4.40 RM.
Schenken Sie ein Theaterabonnement zu Weihnachten, es ist würdig und preiswert.
Einzeichnungslisten liegen aus bei Krebs und Wachtel.

Ueberzeugen
Sie sich selbst durch unverbindlichen Lagerbesuch, ohne Kaufzwang, von der großen Auswahl u. den spottbilligen Preisen, zu welchen wir
Schuhwaren jeder Art
zum Verkauf bringen.
Schuhhaus Dortmüller, Blasiistr. 9

Schlachthof-Freibank Donnerstag von 9—11 Uhr.
Schweinefleisch, roh . . . 60 Pfg.
" gedämpft . 40 Pfg.
Rindfleisch, roh . . . . 50 Pfg.
Kalbfleisch.

Naverma
Kondens. Milch . Dose nur 44 Pf.
Echt. Blockmalz ¼ Pfd. n. 30 Pf.
Hustenmischung ¼ Pfd. n. 18 Pf.
Pfefferminzbruch ¼ Pfd. n. 10 Pf.
Naverma

Merz'sche Salbe gegen Flechten.
Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke

Suche einen gebrauchten **Elekt.-Motorwagen** 220/380, sowie eine Ballenpresse, 500×600.
Arnold Goedicke, Gr.-Germersleben.

Uhren-Reparaturen
schnell, sauber, billig
Gustav Pfeiffer. Uhrmacher.

Oschersleben Zu Weihnachten
empfiehlt:
Rindl. Schultornister von 4.90 Mark an
Rindl. Frühstückstaschen von 0.85 Mark an
Rindl. Schülertaschen mit breitem Boden von 7.50 Mark an
Rindl. Aktentaschen von 3.20 Mark an
Otto Gottschalk, Sattlermeister, Oschersleben. Magdeburgerstraße 6.

Gegen üblen Mundgeruch
„Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont" aufs beste empfehlen." gez. E. G., Mainz. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf. Verlangen Sie aber echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Drucksachen für Handel und Gewerbe, Vereine, Behörden u. jeden anderen Bedarf liefert billigst die Buchdruckerei des **„Halberstädter Tageblatt"**

Quedlinburg
Am Sonntag, den 14. Dezember 1930, veranstaltet die **Buchhandlung Halberstädter Tageblatt** im Gewerkschaftshaus eine
Weihnachtsbuch-Ausstellung
Bilderbücher, Märchen- und Jugendbücher, Romane, Unterhaltungs-Literatur, politische Schriften usw. in großer Auswahl
Allen Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen wird hierdurch Gelegenheit geboten, für sich und seine Angehörigen den Bedarf an Weihnachtsbüchern zu decken.
Die Ausstellung ist geöffnet von 10.30 bis 16.30 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 289 — Mittwoch, den 10. Dezember 1930 — 5. Jahrgang

107 Nazis für das Kapital.

Das darf der Unternehmer- und Doppelverdiener-Schutztruppe nicht vergessen werden.

In der Reichstagssitzung vom Dienstag, dem 9. Dezember 1930 stimmte die Nationalsozialistische Fraktion geschlossen

gegen folgende Anträge:

1. **Alle Vermögen über 50 000 ℳ werden einer einmaligen Steuer von 20 v. H. unterworfen.**
2. **Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 v. H. der Ausschüttung unterworfen.**
3. **Alle Aufsichtsrats-Tantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 v. H.**
4. **Alle Einkommen über 50 000 ℳ werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 v. H. jährlich belegt.**

Infolge der kapitalsfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie etwa mit 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.

Am 9. Dezember haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals!

*

Gestern im Reichstage.

Berlin, 9. Dezember. (Eig. Bericht.)

Kurz vor der Auflösung des vorigen Reichstages brachte die Sozialdemokratie zum soundsovielten Male den Antrag ein, die

Höchstgrenze für Pensionen auf 12 000 Mark festzusetzen.

Es gelang ihr, im Haushaltsausschuß für diesen Antrag eine Mehrheit zu erringen. In der Furcht vor der Auflösung wagten auch die bürgerlichen Mittelparteien nicht, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Der Antrag blieb wegen der wenige Tage später erfolgenden Auflösung jedoch unerledigt. Nun hat die Reichsregierung inzwischen

einen Pensionsgesetzentwurf vorgelegt,

der freilich weit hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurückbleibt. Der Gesetzentwurf sieht keine Höchstpension vor, sondern bringt lediglich die Anrechnung von Arbeitseinkommen auf das Ruhegeld, soweit das Arbeitseinkommen 6000 Reichsmark im Jahre übersteigt. Bis zur Höhe von 6000 ℳ jährlich bleibt das Einkommen für eine Kürzung des Ruhegeldes außer Betracht. Auch wenn Pension und Nebeneinkommen den Betrag von 9000 ℳ im Jahre nicht übersteigen, tritt keine Kürzung ein.

Man sollte annehmen, daß ein so schwacher Gesetzentwurf in der jetzigen Notzeit im Reichstag lediglich Wünsche nach einer Verstärkung der Pensionskürzung laut werden lassen müßte. Die Dienstagsitzung des Reichstags, in der der Entwurf der Reichsregierung zur Debatte stand, verlief aber ganz anders. Zwar forderte der

Abg. Roßmann (Soz.),

der seit Jahren führend die Pensionskürzung verlangt, entsprechende Verbesserung des Gesetzes. Aber er stieß bei der gesamten Rechten auf stürmischen Widerspruch. Am lautesten gebärdeten sich

die Nationalsozialisten als Schutztruppe der Großpensionäre.

Roßmann stellte fest, daß unter den 107 Nationalsozialisten sich nicht weniger als

35 Beamte, Wartegeldsempfänger und Ruhegehaltsempfänger

befinden, also ein Drittel der gesamten nationalsozialistischen Fraktion. Roßmann erinnerte daran, daß wiederholt die Sozialdemokratie für ihre Pensionskürzungsanträge die einfache Mehrheit im Hause erhalten habe, die notwendige verfassungsändernde Mehrheit sei aber nicht zustande gekommen. Unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung im Jahre 1923 sei einmal ein Pensionskürzungsgesetz durchgeführt worden, jedoch hätten es die Deutschnationalen bei ihrem Regierungsantritt im Jahre 1925 sofort wieder beseitigt.

Minutenlange Tobsuchtsanfälle

gab es bei den Nationalsozialisten, als Roßmann nachwies, daß **an 1800 Generäle, Admiräle und Prinzen bis zu 19 000 ℳ Pension** gezahlt werde. Auch der Meuterer von Lossow erhalte eine hohe Pension. Roßmann verlangte, daß eine genaue Denkschrift nicht nur über die Pensionen im Reiche, sondern auch in Ländern und Gemeinden vorgelegt werde. Dann werde sich zeigen, daß überall nicht die Sozialdemokratie, sondern

die Feinde der Republik an der Futterkrippe

säßen.

Von den rund 2 Milliarden Pensionslasten der Länder, Gemeinden, der Reichspost und der Reichsbahn beziehen Sozialdemokraten

noch nicht den Bruchteil eines Zehntausendstels.

Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die wirklich wohlerworbenen Pensionsansprüche der großen Masse der Beamten irgendwie anzutasten. Es sollen auch nur die Großpensionen und Doppelverdienste in dieser Zeit größter Massennot getroffen werden. Das Volk aber, das unendliche Opfer bringen muß, um die Arbeitslosen, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten usw. zu erhalten, verträgt es nicht mehr, daß große Pensionen und Wartegelder ungekürzt weitergezahlt werden sollen. Die kleinen und mittleren Pensionsempfänger werden durch die Neuregelung kaum betroffen werden Nach der Vorlage würde übrigens jemand mit 26 000 Mark Arbeitseinkommen noch immer 10 000 Mark Pension beziehen können; erst bei 46 000 Mark Einkommen würde das aufhören. Darin muß natürlich eine Aenderung eintreten. Vor allem

müssen die Hilflosen und Kriegsbeschädigten geschont

werden. Von einer Konfiskation hoher Pensionen ist natürlich keine Rede, wenn wir eine Höchstgrenze für Pensionen fordern.

Der Sozialismus will nicht eine Gleichmacherei, er hält qualifizierte Arbeit für durchaus notwendig und um sie zu gewinnen, muß man sie auch angemessen entlohnen. Wir wollen, daß alle schaffenden Menschen aus ihrer Arbeit ein menschenwürdiges Dasein führen können. Da Millionen heute darauf leider verzichten müssen, können nicht Gehälter und Pensionen eine übergroße Höhe erreichen. In diesem Sinne werden wir im Anschluß an der Verbesserung der Vorlage arbeiten. (Lebh. Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Der Nazi

Anschließend sprach für die Nationalsozialisten der Abgeordnete Sprenger, seines Zeichens Postinspektor. Der gute Herr verwechselte zum wachsenden Entsetzen seiner Fraktion den Reichstag mit einer Tagung höherer Reichs- und Staatsbeamten. Er wußte nichts von der Not der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Arbeitsbauern und des Mittelstandes. Frischweg trat er für nichts anderes als für möglichst hohe Beamtengehälter und möglichst hohe Beamtenpensionäre ein. Dabei vergaß er ganz, daß dieser Gesetzentwurf sämtliche unteren und mittleren Beamten und auch die allermeisten höheren Beamten ganz ungeschoren läßt. Das Pensionskürzungsgesetz trifft wirklich nur die allerhöchsten Pensionen. Aber auch die will der nationalsozialistische Abg. Sprenger unangetastet lassen. Er beschwor den Reichstag, nur mit allergrößter Vorsicht an diesen Gesetzentwurf heranzugehen. Die Sozialdemokratie begleitete die Rede ständig mit Zwischenrufen:

„Nazi für Großpensionen! Nazi für Frick-Pensionen!“

Sprenger bedauerte, daß durch die Hetze der Linken überhaupt die Frage der Pensionskürzung auf die Tagesordnung gebracht worden sei. In jedem Satz gab sich Sprenger Blößen. Als er davon sprach, daß Parteibonzen den Berufsbeamten vorgesetzt würden, rief der halbe Reichstag: „Thüringen!“ Als er sich gegen den Gehaltsabbau der Beamten erklärte, schallten ihm hundertfache Rufe entgegen: „Thüringen und Braunschweig!“ Ganz verhedderte sich Herr Sprenger, als ihm zugerufen wurde, daß das faschistische Italien die Beamtengehälter um ein Drittel kürze. Das, so sagte Sprenger, sei keine Gehaltskürzung, sondern nur eine Anpassung an die veränderten Währungsverhältnisse. Minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause, die Nazifraktion ausgenommen.

Die Nazirede für Großpensionen wurde noch unterstrichen durch den deutschnationalen Abg. Laverrenz, der den Nationalsozialisten den Dank seiner Partei für ihre Haltung aussprach. Die Großpensionskürzung, sagte Laverrenz, sei nur eine Mache des Marxismus. Die deutschnationale Fraktion regte sich überhaupt stark über die Pensionskürzung auf. Man hörte Rufe wie Skandal und anderes. Allerdings hat die deutschnationale Fraktion Grund für diese Aufregung. Denn sowohl bei ihr wie bei den Nationalsozialisten sitzen die Futterkrippenjäger zu Dutzenden.

Der Kommunist Torgler

ließ sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, den Nationalsozialisten vorzuhalten, daß sie im Wahlkampf gegen die großen Pensionen gehetzt hätten und nun im Reichstag für die Aufrechterhaltung der wohlerworbenen Rechte auch der Riesenpensionen sprechen. Der nationalsozialistische Abg. Sprenger hatte nämlich die wundervolle Theorie entwickelt, daß die höchsten Beamten auch sehr hohe Pensionen beziehen müßten, weil ihnen während ihrer Amtstätigkeit entsprechend niedrigere Gehälter gezahlt worden seien. Der Kommunist Torgler erregte noch einige Sensation durch die Verlesung eines Bettelbriefes, den die Ortsgruppe Jülich der Nationalsozialisten an eine dortige Papierfabrik gerichtet hat.

Der Volksparteiler Morath

lehnte jede Pensionskürzung namens seiner Partei entschieden ab.

Die Arbeitslosennot.

Nicht Panikmache, sondern Hilfe!

Die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern, die die Reichsanstalt soeben veröffentlicht, geben folgendes Bild: Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rd. 1 788 000 und in der Krisenfürsorge rund 566 000 Hauptunterstützte gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme von rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die neuen Zahlen in der Krisenfürsorge sind wegen den eingetretenen Aenderungen der gesetzlichen Vorschriften mit den alten Ziffern nicht voll vergleichbar. Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November auf den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als arbeitslos zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 Prozent mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 2 101 000, die damalige Zunahme in der zweiten Novemberhälfte betrug fast 262 000 oder 14,2 Proz.; sie war sowohl absolut wie im Verhältnis erheblich höher als in diesem Jahr. Ein nicht genau abzugrenzender Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen. Die Gesamtzahl, insbesondere die verhältnismäßig geringfügige Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden in der überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um 2,3 v. H., könnte die Vermutung nahelegen, daß ein Stillstand in der Verschlechterung der Lage eingetreten sei; bestimmte Schlußfolgerungen in dieser Hinsicht wären jedoch verfrüht.

Die neuen amtlichen Arbeitslosenzahlen zeigen, daß die Schwarzseher, die bereits für den 1. Dezember mit 4 Millionen Unterstützungen rechneten, falsch prophezeit haben. Anfang Dezember betrug die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrtsunterstützung rund drei Millionen; auf die Versicherung entfallen 1,8 Millionen, auf die Krisenunterstützung 0,57 und auf die Wohlfahrt 0,7 Millionen. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt rund 3¾ Millionen. Das entscheidende Charakteristikum der Arbeitslosenzahl liegt in ihrem verlangsamten Tempo im Verhältnis zu den beiden Vorjahren. In der Zeit vom 17. Oktober bis zum 1. Dezember betrug in den beiden Vorjahren die Zunahme je 400 000, während sie dieses Jahr weniger [illegible] erlangsamt sich. Die [illegible] Man kann damit re[illegible] Arbeitslosigkeit, [illegible] chstens bis auf vier [illegible] m sie auch sein mag, [illegible] anziell ist die U[illegible] tzahl gesichert. [illegible] hnen gegebenen neu[illegible] Wohlfahrtse[illegible] meindlichen Belastunge[illegible] Schimpfen auf unbeq[illegible] ters nicht. Das sollte [illegible] Glück hat, in Arbeit [illegible]

Die fin[illegible] ist natürlich kein [illegible] Ganz im Gegenteil: [illegible] allem der struktu[illegible] es wolle, nun endli[illegible] maßnahmen zu [illegible] st die von den Gewe[illegible]

Sie steht b[illegible] ihrung des Reichsarbe[illegible] Gewerkschaften [illegible] Die Arbeitsstrecku[illegible] ischen den beiden Gr[illegible] gebnis der Verhandlu[illegible] wäre tief traurig, w[illegible] der Lage auf dem A[illegible] Forderungen der Ge[illegible] affungsprogramm ist in den letzten Wochen viel geredet und geschrieben worden. Allein mit klugem Gerede und spitzfindiger Aufstöberung von Schwierigkeiten, die gewiß mit den verschiedenen empfohlenen Hilfs-Maßnahmen verbunden sind, kommen wir nicht weiter. Natürlich ohne neue Lohneinbußen. Für die hat ja bereits der Lohnabbau ausgiebig gesorgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301210-17/fragment/page=0009